



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 28.08.2026 bis 04.09.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Von einem begeisterten Verteiler von Büchern und Bibeln	4
Australien: Empörung über Aufnahmen zu Erotikplattform in Kathedrale	5
Deutschland: Christliche Bekenntnisschule in Niedersachsen darf nach zwölf Jahren öffnen	7
Deutschland: Diebesbande verwüstet christliches Freizeitheim im Harz	8
Deutschland: Für eine „großflächige Erweckung unter dem jüdischen Volk“ beten	9
Großbritannien: Mann bei christlichem Festival getötet	10
Großbritannien: Britische Gefängnisse - Islamisten zwingen Häftlinge zur Konversion	11
Indien: Gefangene des Monats September 2026	12
Irak: Bundesregierung sieht keine systematische Verfolgung von Christen	13
Israel: Sicherheitslage im Norden	14
Kasachstan: Internationaler Tag gegen Nuklearversuche	15
Katar: Wie leben die Christen in Katar?	17
Kirgistan: Verhandlung wieder verschoben	18
Nepal: Zwei Kirchen von Fluten weggespült	19
Niger: Algerien stationiert Militärflugzeuge in Niamey	20
Niger: Vorwürfe gegen „ausländische Mächte“	21
Nigeria: Bischöfe beklagen Gewalt	22
Nigeria: Höchstmaß an christenfeindlicher Gewalt	23
Nigeria: Journalist nach Bericht über Christenverfolgung freigesprochen	24
Nigeria: Nach Angriffen auf muslimische Gemeinden	25
Pakistan: Basiert Kinderheirats-Urteil auf Dokumentenfälschung?	26
Pakistan: Zwei neue Fälle von Blasphemie - Anklagen	28
Republik Moldau: Schulalltag nach Sommerferien	30
Russland: Junge Menschen sind am Evangelium interessiert	31
Simbabwe: 27 tote Christen bei Busunglück	32
Südsudan: Zwei Ordensschwestern bei Raubüberfall verletzt	33
Turkmenistan: Pater Kubiak: „Gottes Wille kann überraschen. Wir sind hier, um da zu sein“	34
Ukraine: GAI verliert Lager in Kiew bei russischem Luftangriff	36
Ukraine: Zum Militärdienst einberufener Wahrdienstverweigerer aus Gewissensgründen getötet oder nicht angemessen medizinisch behandelt	37

Äthiopien: Von einem begeisterten Verteiler von Büchern und Bibeln

„Ich habe den Karton mit Bridgeway-Büchern, den Sie Anfang dieses Jahres verschickt haben, verteilt und diese an Pastoren und Evangelisten weitergegeben, ebenso wie viele Traktate und Broschüren in verschiedenen Sprachen. Außerdem habe ich von dem Geld vier Kartons mit Bibeln gekauft, einige in der Oromo-Sprache und einige in Amharisch. Die meisten Christen haben kein Geld, um sich Bibeln zu kaufen, aber jetzt besitzen sie eine Bibel.

„Außerdem habe ich viele Tausend Traktate in äthiopischen Sprachen gekauft, die ich verteile, und einige andere habe ich christlichen Geistlichen gegeben, die in dem benachbarten, vom Islam dominierten Dschibuti Muslimmission betreiben. Ich habe drei Kirchenbibliotheken im Norden Äthiopiens und zwei Kirchenbibliotheken im Süden einige Bücher geschenkt. Außerdem habe ich Bücher an christliche Jugendleiter und Studentengruppen an Universitäten weitergegeben und vielen Studenten Evangeliumstraktate gegeben, damit sie die Wahrheit des Evangeliums kennenlernen.“

Bridgeway/ WORLDNEWS 332 Bridgeway Publications 15 August 2026

Australien: Empörung über Aufnahmen zu Erotikplattform in Kathedrale

Eine „OnlyFans“-Darstellerin ließ sich dort vor laufenden Kameras taufen

Brisbane (IDEA) – In Australien haben Dreharbeiten für eine umstrittene Reality-Serie über Darstellerinnen einer Erotikplattform in der anglikanischen Kirche für Empörung gesorgt. Das berichtete US-Nachrichtenportal „The Christian Post“. Die Aufnahmen fanden in der Sankt-Johannes-Kathedrale in Brisbane statt. Dabei sei die britische Erotikdarstellerin Lily Phillips getauft worden. Der beteiligte Dekan Peter Catt habe sie gefragt: „Wendest du dich Christus zu? Sagst du dem Bösen ab? Bereust du deine Sünden?“ – was sie bejahte. Die 24-jährige Phillips hatte 2024 für Schlagzeilen gesorgt, weil sie nach eigenen Angaben binnen 24 Stunden mit 101 Männern Geschlechtsverkehr hatte. Die Sendung, in der ihre Taufe zu sehen ist, soll ihre Rückkehr zum Glauben ihrer Kindheit dokumentieren. Sie ist Teil der australischen Serie „Turned On: Dirty Sexy Money“ (Eingeschaltet: Schmutziges sexy Geld). Sie handelt von Frauen, die über die Erotikplattform „OnlyFans“ zu Vermögen gekommen sind.

Skepsis über Aufrichtigkeit der Taufe

In der Taufszene ist zudem mindestens ein Kind zu sehen. Nach Berichten des Portals „Anglican Ink“ äußerten sich zwei ebenfalls in der Folge auftretende Protagonistinnen skeptisch über die Aufrichtigkeit der Taufe. Eine von ihnen sagte: „Sie hat das Recht, ihre Religion auszuüben. Aber wir glauben ihr nicht.“ Phillips selbst hatte im Januar in einem Interview mit „US Weekly“ erklärt, sie habe sich erneut taufen lassen, weil sie „das Bedürfnis verspürt habe, wieder mit Gott zu sprechen“, plane jedoch nicht, die Sexindustrie zu verlassen.

Erzbischof: Schamloser Versuch, die Pornoindustrie zu legitimieren

Der Erzbischof von Brisbane und Metropolit der Provinz Queensland, Jeremy Greaves, zeigte sich entsetzt über den Videodreh. In einem Brief an die Geistlichen und Mitglieder seiner [Diözese](#) entschuldigte er sich im Namen des beteiligten Dekans, der sich im Urlaub befinden soll. „Ich möchte mich für die Bestürzung und den Ärger entschuldigen, die durch die Entscheidung des Dekans entstanden sind, die Sankt-Johannes-Kathedrale als Kulisse für eine Reality-TV-Sendung zur Verfügung zu stellen.“ Er sei „schockiert über Inhalt, Charakter und Absicht des Programms, das nicht mit dem Glauben und den Werten dieser Diözese übereinstimmt“. Der Erzbischof bezeichnete die Serie als „nichts weiter als auf Klicks ausgerichteter Reality-TV-Inhalt, der schamlos versucht, die Pornoindustrie zu legitimieren“. „Ich verurteile uneingeschränkt jeden Versuch, eine Industrie zu legitimieren, die Frauen und Mädchen ausbeutet und zu entwürdigenden sowie ungesunden Botschaften über Sex und Sexualität beiträgt“, betonte er.

Diözese fühlt sich getäuscht

Nach Angaben von Greaves habe die Diözese die Produzenten der Serie kontaktiert und die sofortige Entfernung aller Bild- und Tonaufnahmen gefordert – mit Ausnahme derjenigen, die Dekan Catt selbst zeigen. Besonders die Aufnahmen von Kindern in der Kathedrale seien „völlig inakzeptabel“. Es gebe Hinweise darauf, dass die Produzenten die Mitarbeiter der Kathedrale in dem Glauben gelassen hätten, es handle sich um eine Dokumentation, die „Glauben, Absicht und die Komplexität des Lebens“ anhand der Erfahrung einer Person erkunden solle, die zuvor aufgrund früherer Tätigkeit in der Sexindustrie aus Glaubensgemeinschaften ausgeschlossen worden war. Die Produktionsfirma widersprach dieser Darstellung gegenüber dem „New Zealand Herald“ und erklärte, der Dekan habe der Aufnahme zugestimmt. Greaves kündigte eine sofortige Überprüfung der Richtlinien und Verfahren an, um künftig eine sorgfältige Prüfung sicherzustellen, bevor Dritten Zugang zu kirchlichen Räumen gewährt werde.

Kritik von Autorin: Kirche als Requisit

Die christliche Aktivistin und Autorin Melinda Tankard Reist (Canberra) kritisierte die Folge scharf. „Die Kirche wurde zu einem Requisit in einer Mainstream-Serie für Klicks, sexuelle Anwerbung und mehr zahlende Abonnenten“, schrieb sie auf [Facebook](#). Die Serie verkaufe eine falsche Botschaft von Selbstermächtigung durch Selbstvermarktung und sexuelle Performance. Mädchen würden darauf konditioniert, die Produktion expliziter kostenpflichtiger Inhalte als erstrebenswert anzusehen. Dazu berichtet sie: „Schülerinnen erzählen mir, sie müssten weder die Schule abschließen noch einen ‚richtigen Job‘ bekommen: Ihre nackten Körper seien ihre Geldautomaten.“ Tankard Reist wies zudem darauf hin, dass Phillips – kaum dass „der Kommunionwein auf ihren Lippen getrocknet“ gewesen sei – in der Folge vor einer Baustelle versucht habe, Handwerker für künftige Drehs anzuwerben.

Deutschland: Christliche Bekenntnisschule in Niedersachsen darf nach zwölf Jahren öffnen

Streit um Konzept: Behörde sah zu einseitige christliche Ausrichtung

Molbergen (IDEA) – Nach zwölfjähriger Auseinandersetzung mit den Behörden hat die Freie Christliche Bekenntnisschule Molbergen (bei Cloppenburg) den Schulbetrieb aufgenommen. In der ersten Klasse lernen 24 Kinder. Das teilte der Generalsekretär des Verbands Evangelischer Bekenntnisschulen und Kitas (VEBS), Professor Wolfgang Stock (Karlsruhe), der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Trägerin ist eine Elterninitiative, die von der Freien Evangeliums Christengemeinde Cloppenburg (FECG) unterstützt wird. Wie Stock ausführte, war der Initiative in Cloppenburg zunächst die Baugenehmigung verweigert worden. Nach einem Wechsel in den Nachbarort Molbergen versagte die Schulbehörde trotz fertiggestellten Gebäudes auch die Betriebsgenehmigung – nach Darstellung von Stock wegen des klar christlichen pädagogischen Konzepts. Die Eltern zogen daraufhin vor das Verwaltungsgericht Oldenburg. Ein Gerichtssprecher bestätigte auf IDEA-Anfrage, dass eine Klage auf Erteilung einer Schulgenehmigung anhängig gewesen sei. Nach einer Einigung zwischen Schule und Behörde sei das Verfahren am 4. August 2026 ohne Urteil eingestellt worden.

Zu starke Fokussierung auf christliche Inhalte?

Wie sehr sich die Schulbehörde an der christlichen Ausrichtung stieß, zeigt laut Stock ein Ablehnungsschreiben des Regionalen Landesamtes Osnabrück vom 16. Juli 2024. Der Trägerverein hatte seine pädagogische Konzeption zuvor überarbeitet und im März 2024 erneut vorgelegt. Nach dem Niedersächsischen Schulgesetz soll die Schule die Persönlichkeit der Schüler auf Grundlage des Christentums, des europäischen Humanismus und der Ideen liberaler, demokratischer und sozialer Freiheitsbewegungen weiterentwickeln. Diese drei Bereiche stünden laut Behörde grundsätzlich gleichberechtigt nebeneinander. Aus Sicht des Landesamtes erfüllte die überarbeitete Konzeption diese Vorgaben nicht. Sie nehme keine Anpassungen im Sinne einer Abkehr von der „zu einseitigen Ausrichtung der Erziehungsarbeit“ vor. Vielmehr werde der Charakter der Schule „noch stärker fokussiert“ – durch ergänzte Vorworte zu den Arbeitsplänen unter der Überschrift „Biblisches Leitbild“ sowie eine ergänzte Spalte „Biblische Integration“ im Arbeitsplan für den Sachunterricht. Stock betonte gegenüber IDEA, das Konzept sei „normal“ gewesen, keineswegs übertrieben oder extrem. Es baue auf Konzepten dreier bereits genehmigter Bekenntnisschulen in anderen Bundesländern auf. Eine vergleichbare Ablehnung habe man in den vergangenen Jahrzehnten in keinem anderen Bundesland erlebt. Die Genehmigung sei schließlich durch ein neues Konzept mit stärkerem Schwerpunkt auf dem Humanismus erreicht worden. Sie erlaube jedoch nur den Start einer Regelklasse, weshalb vielen Familien habe abgesagt werden müssen.

Schulbehörde: Mängel im Laufe des Verfahrens beseitigt

Ein Sprecher der Regionalen Landesämter für Schule und Bildung bestätigte gegenüber IDEA, dass ein erster Antrag bereits 2015 gestellt worden sei. Das Landesamt habe jedoch nie abschließend entschieden, weil Unterlagen gefehlt hätten – unter anderem der Nachweis geeigneter Schulräume. Ein erneuter Antrag für Molbergen sei im Frühjahr 2023 gefolgt und im Sommer 2025 abgelehnt worden. Zwar habe damals bereits ein geeignetes Gebäude bereitgestanden, die Ablehnung sei jedoch aus anderen Gründen erfolgt, die mit dem Trägerverein ausführlich besprochen worden seien. Erst nach Behebung der Mängel und einem neuen Antrag im Februar 2026 sei die Genehmigung erteilt worden. Da die Schule einzügig geplant sei, werde es pro Jahrgang nur eine Klasse geben.

Vier weitere Schulen in anderen Bundesländern eröffnet

Stock berichtete zudem von vier weiteren Schulen, die problemlos genehmigt worden seien: In Fulda konnte die bestehende Georg-Müller-Schule mit 14 Schülern eine zusätzliche Realschule eröffnen, in Genthin (Sachsen-Anhalt) hat die Freie Christliche Grundschule mit vier Schülern den Unterricht aufgenommen. In Baden-Württemberg eröffnen im September die Entdeckerschule in Lauffen am Neckar (bei Heilbronn) und die Paula-Gassner-Grundschule in Stuttgart. Zum VEBS gehören inzwischen 182 Schulen und 63 Kindertagesstätten an 145 Standorten in Deutschland. Dort arbeiten mehr als 6.600 Mitarbeiter für 44.000 Schüler und Kitakinder.

Deutschland: Diebesbande verwüstet christliches Freizeitheim im Harz

Der Besitzer geht von rund 50.000 Euro Schaden aus

Walkenried/Braunlage (IDEA) – Unbekannte Täter haben in einem christlichen Freizeitheim im Harz einen Schaden von mindestens 50.000 Euro angerichtet. Anfang August drangen die Diebe in die im Umbau befindliche „Villa Upstairs“, ein ehemaliges Seniorenheim in Walkenried im Südharz, ein und montierten sämtliche Kupferrohre vom Heizungskeller bis ins Dachgeschoss ab. Das berichtet der Geschäftsführer des gemeinnützigen Trägers „RenYou & Prayce“, Achim M. Damberg, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Er baut das ehemalige Heim derzeit zu einem Freizeithaus um.

Zweiter Einbruch binnen weniger Wochen

Laut Damberg ist es nicht der erste Einbruch: Bereits am 5. Juli hatte er zwei Männer auf dem Grundstück dabei ertappt, als sie am helllichten Tag unter anderem eine Waschmaschine abtransportieren wollten. Die Polizei ergriff die Täter noch vor Ort. „Das hätte ich noch mit Humor genommen“, sagte Damberg. Der zweite Einbruch aber habe sein Unternehmen hart getroffen. Weil sich das Haus im Umbau befindet, bestehe keine reguläre Gebäudeversicherung, die den Schaden abdecke. Die Polizei gehe von professionell agierenden Banden aus. Auch andernorts im Harz werden derzeit im großen Stil Rohre, Dachrinnen, Kabel und sogar Denkmaltafeln aus Kupfer entwendet. Hintergrund sind mutmaßlich die stark gestiegenen Kupferpreise. Wie eine Sprecherin der Polizeiinspektion Göttingen IDEA auf Nachfrage mitteilte, dauern die Ermittlungen noch an. Die Verantwortung für das Verfahren gegen die Einbrecher, die im Juli festgenommen wurden, habe die Staatsanwaltschaft Göttingen übernommen.

Mehrere Freizeit Häuser im Harz

Damberg gründete „RenYou & Prayce“ im Februar 2006. Der Name spielt auf die englischen Begriffe für „erneuern“, „Du“, „beten“ und „loben“ an. Das Werk betreibt im Harz mehrere Freizeit Häuser: Das „Freizeitheim Prayce“ befindet sich wie die „Villa Upstairs“ in Walkenried und hat 102 Betten. In Braunlage im Oberharz unterhält der engagierte Christ die „Herberge Hogeyz“ mit 89 Betten, das „Freizeitheim RenYou“ mit 76 Betten und das „Kreativ Hotel“ mit 17 Betten. Zu den Liegenschaften dort gehört außerdem die „Kirche Kyriakon“ – ein ehemaliges katholisches Gotteshaus, das Damberg vor dem Abriss bewahrte und dem Bistum Hildesheim abkaufte. Genutzt werden die Häuser ihm zufolge von Gruppen aller Denominationen – von landeskirchlichen und katholischen bis hin zu freikirchlichen Kreisen. Auch das Kinder- und Jugendmusicalwerk Adonia veranstalte dort mehrmals jährlich Camps.

„Gott hält uns immer scharf an der Grenze zur Abhängigkeit“

Damberg, der evangelische Theologie, Sozialmanagement und Bildungswissenschaft studiert hat, führt das Werk gemeinsam mit seiner Frau und einer einzigen fest angestellten Mitarbeiterin. Vieles werde ehrenamtlich geleistet, er selbst arbeite oft 80 bis 85 Stunden pro Woche und übernehme auch sämtliche handwerklichen Aufgaben. Trotz der schwierigen finanziellen Lage blickt der fünffache Vater zuversichtlich in die Zukunft: „Gott hält uns da immer so ganz scharf an der Grenze zur Abhängigkeit.“ Es stehe „nirgendwo in der Bibel geschrieben, dass hier alles rosig ist“. Letztlich habe er in den vergangenen 20 Jahren stets alle Verbindlichkeiten begleichen können. Deshalb sei er zuversichtlich, dass Gott ihm auch in dieser Lage helfen werde.

Deutschland: Für eine „großflächige Erweckung unter dem jüdischen Volk“ beten

Aktion „10 Tage Gebet für jüdische Menschen“ beginnt am 11. September

Berlin (IDEA) – Vom 11. bis 21. September findet die Gebetsinitiative „10 Tage Gebet für jüdische Menschen“ statt. Veranstalter ist der jüdisch-messianische Missionsdienst „Beit Sar Shalom“ (Berlin) in Zusammenarbeit mit den Evangelischen Allianzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie den Israel-Werken Schweiz (IWS). Ziel der Initiative ist es, gemeinsam und gezielt für jüdische Menschen zu beten und um eine geistliche Erweckung unter dem jüdischen Volk zu bitten. In einem begleitenden [Gebetsheft](#) heißt es, die Aktion lade dazu ein, sich nicht auf menschliche Kraft und Bemühungen zu verlassen, sondern auf die Verheißungen Gottes zu vertrauen. Unter jüdischen Menschen wünschten sich die Initiatoren, „mehr Frucht zu sehen“, und beteten für eine „großflächige Erweckung unter dem jüdischen Volk“. Bisher sei davon nur wenig zu sehen und zu hören. Dennoch handle Gott auch hier: Er berühre Herzen, wirke im Verborgenen und ziehe Menschen zu sich. „Denn es ist derselbe Gott und derselbe Retter – Jeschua haMaschiach – für die Juden zuerst und für alle anderen Völker!“, heißt es in dem Heft. Heute leben laut des Bundesministeriums des Innern schätzungsweise 200.000 Juden in Deutschland. Rund 95.000 von ihnen gehören jüdischen Gemeinden an. Die Aktion findet jährlich in den zehn Tagen zwischen dem jüdischen Neujahrfest (Rosch ha-Schana/11. bis 13. September) und dem Versöhnungstag „Jom Kippur“ (20. bis 21. September) statt. Die einzelnen Gebetstage reichen nach jüdischer Tradition von Sonnenuntergang zu Sonnenuntergang. Dabei wird jeden Tag ein bestimmtes Anliegen in den Mittelpunkt gerückt. Neben der digitalen Variante kann das Heft auch per Post [bestellt werden](#). Ähnliche Kampagnen sind „30 Tage Gebet für die islamische Welt“, „15 Tage Gebet für die hinduistische Welt“ sowie „15 Tage Gebet für die Welt des Buddhismus“.

Großbritannien: Mann bei christlichem Festival getötet

Mindestens sieben weitere Menschen wurden verletzt

Steyning (IDEA) – Bei einer christlichen Großveranstaltung im englischen West Sussex ist ein Mann ums Leben gekommen. Mindestens sieben weitere Personen wurden verletzt. Der Vorfall ereignete sich am 28. August beim „Big Church Festival“ im Wiston Park bei Steyning. Darüber berichtet die britische Nachrichtenplattform „Premier Christian News“ (London). Augenzeugen zufolge war ein Schild auf dem Festivalgelände umgestürzt und auf Besucher gefallen. Bei dem Todesopfer handelt es sich laut Polizei um einen 41-jährigen Mann aus Eastbourne, der noch am Unglücksort starb. Der leitende Ermittler Richard McDonagh erklärte: „Dies ist ein tragischer Vorfall, und unsere Gedanken sind bei der Familie und den Freunden des Mannes in dieser unglaublich schweren Zeit.“ Er sei sich des „immensen Leids“ bewusst, das der Vorfall bei den Festivalbesuchern ausgelöst habe.

Festival vorzeitig abgebrochen

Zunächst strichen die Veranstalter das Freitagsprogramm, später brachen sie das gesamte Festival vorzeitig ab. Es hatte am 28. August begonnen und sollte noch bis zum 30. August dauern. Tagesgäste wurden aufgefordert, das Gelände sofort zu verlassen, Camper sollten zu ihren Zeltplätzen zurückkehren. Auch die Live-Übertragung des christlichen Fernsehsenders GOD TV vom Festivalgelände wurde ausgesetzt. Am Abend teilten die Organisatoren mit, das gesamte „Big Church Festival 2026“ zu beenden. In einer Stellungnahme erklärten die Veranstalter, sie seien „am Boden zerstört“. „Zuallererst gelten unsere Gedanken denjenigen, die betroffen sind, ihren Familien und Freunden sowie allen, die miterlebt haben, was geschehen ist.“ Man arbeite eng mit den Rettungsdiensten und den zuständigen Behörden zusammen. Zugleich dankten die Organisatoren der Festivalgemeinschaft für „Verständnis, Geduld und Gebete“.

Eines der größten christlichen Musikfestivals im Vereinigten Königreich

Das „Big Church Festival“ zählt zu den größten christlichen Musikfestivals im Vereinigten Königreich und zieht jährlich Tausende Besucher an. 2009 rief der Musiker Tim Jupp die gemeinnützige Veranstaltung ins Leben. Er ist als eines der Gründungsmitglieder der christlichen Rockband „Delirious?“ bekannt. 2025 kamen rund 35.000 Menschen zu der Veranstaltung. Einer seiner Partner ist der britische Zweig des Kinderhilfswerks „Compassion“.

Großbritannien: Britische Gefängnisse – Islamisten zwingen Häftlinge zur Konversion

Justizministerium: Fast jeder fünfte Gefangene ist inzwischen ein Muslim

London (IDEA) – Islamisten kontrollieren Teile britischer Gefängnisse und zwingen offenbar weiße Häftlinge zur Konversion. Das berichtet „Die Welt“ unter Berufung auf „erschreckende Zahlen“ in einem Bericht des dortigen Justizministeriums. Die Daten habe der Parlamentsabgeordnete Nick Timothy (Konservative Partei) öffentlich gemacht. Ziel der Konversionen seien vor allem einsame und labile Häftlinge – zunächst über kleine Gefälligkeiten wie eine Extraportion Essen, später mit der Aufforderung zum gemeinsamen Gebet. Durchgesetzt werde die Konversion durch angedeutete oder tatsächliche Gewalt. Die Organisatoren bezeichneten sich als „Emire“; sie kontrollierten Gefängnisflügel und rekrutierten für den Dschihad. Weiße Häftlinge konvertierten teilweise auch, um Schutzgeldzahlungen zu entgehen. Dem Ministerium zufolge ist jeder fünfte Muslim in den Gefängnissen von England und Wales weiß. In der muslimischen Gesamtbevölkerung liegt der Anteil weißer Muslime hingegen bei lediglich 5,8 Prozent. Die Zahl weißer Muslime ist den Angaben zufolge seit 2022 um 16 Prozent gestiegen: von 2.767 auf 3.218. Muslime stellten inzwischen 18 Prozent aller Gefangenen – bei einem Bevölkerungsanteil von nur 6,5 Prozent. Wie es heißt, arbeiten in den Haftanstalten 140 muslimische Seelsorger, aber nur 87 anglikanische. Es fänden sich nicht genug christliche Geistliche für diese Aufgabe. Der Abgeordnete Nick Timothy fordert einen Untersuchungsausschuss angesichts der Zwangskonversionen. Auch Regierungsberater warnen laut der deutschen Tageszeitung seit Jahren vor Gruppen, die Häftlinge unter Gewaltandrohung zum Konvertieren zwingen. „Die Welt“ spricht von einem Kontrollverlust in britischen Gefängnissen.

Indien: Gefangene des Monats September 2026

Fünf Jahre Gefängnis nach falschem Bekehrungsvorwurf

Zu „Gefangenen des Monats September 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Pastor Chhot Singh Dhurve und weitere mit ihm Verurteilte aus Indien benannt. Der 49-Jährige gehört zu einer Gruppe von sieben Christen, die nach Verhängung einer Haftstrafe von jeweils fünf Jahren wegen angeblicher Zwangsmissionierung am 12. Juni 2026 im indischen Bezirk Dindori ins Gefängnis kamen. Zusätzlich wurde gegen jeden von ihnen noch eine Geldstrafe von umgerechnet mehr als 900 Euro verhängt. Die weiteren Betroffenen sind Sanjay Markam, Santosh Paraste, Amit Kumar, Pramod Singh, Karan Singh Maravi und Jeet Singh, die im Alter von 20 bis 48 Jahren sind.

Dindori, wo die Urteile ergingen, befindet sich im Bundesstaat Madhya Pradesh, der seit März 2020 von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party, der Indischen Volkspartei, regiert wird. Dort gilt seit 2021 ein strenges Gesetz gegen Bekehrungen, auf dessen Grundlage bereits viele Angehörige der christlichen Minderheit inhaftiert wurden. Die sieben Christen kamen erstmals nach einer Auseinandersetzung am Rande eines Familienfestes am 27. April 2024 in Haft. Angad Singh Maravi, ein Cousin des Gastgebers hatte die Feier als ungeladener Gast gestört und insbesondere die dort versammelten Christen bedroht, bis schließlich ein Mob von mehr als 100 Menschen angerückt war und das Haus umzingelte. Als die Polizei zur Sicherheit der bedrängten Christen gerufen wurde, kam sie zwar, nahm aber die Betroffenen fest. Sie kamen Anfang Mai 2024 alle nach Hinterlegung einer Kautions vorübergehend frei. Gegen die Urteile haben die Christen Berufung beantragt. Die IGFM und IDEA bitten um Appelle an die indische Präsidentin Draupadi Murmu, sich für die Freilassung der Inhaftierten einzusetzen.

Musterbrief

Ihre Exzellenz

Staatspräsidentin Draupadi Murmu

c/o Botschaft der Republik Indien

Tiergartenstraße 17

10785 Berlin

Exzellenz,

ich wende mich in Sorge um sieben inhaftierte Christen und ihre Angehörigen an Sie. Es handelt sich um die folgenden Männer, die zwischen 20 und 49 Jahre alt sind: Chhot Singh Dhurve, Sanjay Markam, Santosh Paraste, Amit Kumar, Pramod Singh, Karan Singh Maravi und Jeet Singh. Gegen sie wurde am 12. Juni 2026 in Madhya Pradesh im Bezirk Dindori jeweils eine Haftstrafe von fünf Jahren wegen Verstoßes gegen das sogenannte Anti-Konversionsgesetz verhängt. Zusätzlich wurden sie zu einer Geldstrafe von umgerechnet mehr als 900 Euro verurteilt.

Die Christen gerieten nach einer Auseinandersetzung am Rande eines Familienfestes am 27. April 2024 ins Visier der Behörden. Ihnen wird vorgeworfen, unter den Gästen für den christlichen Glauben geworben oder sie sogar zum Religionswechsel gedrängt zu haben. Insbesondere der Gastgeber widerspricht dieser Darstellung, während die Person, die Anzeige erstattete, dort gar nicht eingeladen war. Es spricht viel dafür, dass in diesem Fall das Gesetz für einen persönlichen Racheakt missbraucht wurde und das Gericht dies nicht berücksichtigt hat.

Die Gleichberechtigung, die in der indischen Verfassung festgeschrieben ist, ist leider gerade in ländlichen Regionen noch immer nicht verwirklicht. Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit die Christen, für die übrigens eine unerschwingliche Kautions festgelegt wurde, freigelassen werden.

Hochachtungsvoll

Irak: Bundesregierung sieht keine systematische Verfolgung von Christen

Zahl der Christen seit 2003 von 1,5 Millionen auf rund 170.000 gesunken

Berlin (IDEA) – Nach Einschätzung der Bundesregierung findet im Irak keine systematische Diskriminierung oder Verfolgung religiöser oder ethnischer Minderheiten durch staatliche Behörden statt. Zugleich räumt sie ein, dass Christen und andere Minderheiten aufgrund politischer und wirtschaftlicher Instabilität sowie eines unzureichenden staatlichen Gewaltmonopols unter Druck stehen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor. Die Fragesteller um die Abgeordnete Nicole Höchst (AfD) hatten unter Verweis auf Berichte des christlichen Hilfswerks Open Doors, des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ und der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) auf die Lage der christlichen Minderheit im Irak aufmerksam gemacht. Die Bundesregierung bestätigt den Rückgang der christlichen Bevölkerung: Schätzungen zufolge habe sich deren Zahl von 1,5 Millionen im Jahr 2003 auf rund 170.000 verringert.

Bundesregierung verweist auf bilaterale Gespräche

Zur Lage von Christen mit muslimischem Hintergrund heißt es, Konversionen würden „vor allem aus Sorge vor Druck und Ausgrenzung nicht öffentlich bekannt gemacht“. Werde eine Konversion im engeren sozialen Umfeld bekannt, könne dies „zu sozialer Marginalisierung oder Übergriffen führen“. Weiter heißt es: „In einzelnen Fällen soll das Bekanntwerden einer Abkehr vom Islam zu Todesdrohungen geführt haben.“ Die Bundesregierung verweist darauf, dass die Religionsfreiheit im Irak verfassungsrechtlich verankert sei. Defizite bestünden aber fort, „etwa bei der Prävention bzw. Verfolgung von Diskriminierung, Hassrede, Bedrohungen, gewalttätigen Übergriffen, Entführungen, der Klärung von Eigentumsverhältnissen und uneingeschränkten gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten“. Staatliche Pflichten zum Schutz religiöser Minderheiten spreche sie „regelmäßig gegenüber der irakischen Regierung an“. In der bilateralen Zusammenarbeit achte man „stets auch auf die Menschenrechtssituation“.

Keine klare Positionierung zu Milizen und IS-Verbrechen

Die Fragesteller hatten unter Berufung auf Open Doors auf gezielte Landkäufe durch schiitische Gruppen in der Ninive-Ebene sowie auf Druck durch vom Iran unterstützte Milizen hingewiesen. Die Bundesregierung ging auf diese Vorwürfe nicht konkret ein. Sie erklärt, sie setze sich dafür ein, dass „rechtsstaatliche wie menschenrechtliche Grundsätze gestärkt“ und die Rechte der Bürger berücksichtigt und geschützt würden. Auch zur Frage, ob auch Christen während der Herrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS) Opfer genozidaler Gewalt geworden seien, positioniert sich die Bundesregierung nicht direkt. Sie erklärte, sie verurteile die Verbrechen des IS „auf das Schärfste“ und setze sich für deren „Aufarbeitung“ ein. Der Bundestag hatte am 19. Januar 2023 die Verfolgung der Jesiden durch den IS als Völkermord anerkannt.

Zahl irakischer Asylbewerber rückläufig

Aus der Antwort geht ferner hervor, dass die Zahl der Asylanträge von irakischen Staatsangehörigen in Deutschland seit Jahren zurückgeht. Wurden 2017 noch 23.605 Anträge gestellt, waren es 2024 noch 9.046 und 2025 noch 4.907. Der Anteil christlicher Antragsteller lag im vergangenen Jahr bei rund zwei Prozent.

Israel: Sicherheitslage im Norden

Israel wappnet sich für eine mögliche Aktivierung der Hisbollah durch den Iran während der Feiertage. Indes stockt die Entwaffnung der Terrormiliz durch die libanesische Armee.

(Von Israelnetz – 3. September 2026) JERUSALEM (inn) – Vertreter des israelischen Sicherheitsapparates rechnen mit Angriffen der Terrormiliz Hisbollah in den kommenden Wochen. Den Erkenntnissen zufolge strebt der Iran mithilfe der Terrormiliz eine militärische Eskalation an. Angesichts der wirtschaftlichen Lage werde das Regime in Teheran aber nicht selbst eingreifen.

Die israelische Verteilzeitung „Israel Hajom“ berichtete am Mittwoch unter Berufung auf Armee- und Geheimdienstkreise über die Lageeinschätzung. Demnach will der Iran mithilfe der Hisbollah das Alltagsleben in Israel stören, besonders angesichts der anstehenden Feiertage. Ein weiteres Ziel sei es, die [Gespräche](#) zwischen Israel und dem Libanon zu einem Abbruch zu bringen.

Am Abend des 11. September beginnt in Israel mit dem Neujahr, Rosch HaSchana, die Phase wichtiger Feiertage. Höhepunkt ist dabei der Versöhnungstag Jom Kippur, der als letzter der zehn Bußtage am Abend des 20. September beginnt. Am Abend des 25. September folgt das Laubhüttenfest, am 3. Oktober Simchat Tora – nach jüdischem Datum der dritte Jahrestag des Terrormassakers in Südisrael.

Eingeschränkte Armee

Die Sicherheitsherausforderungen im Norden zeigen sich auch an anderer Stelle: Wie mehrere Medien in den vergangenen Tagen berichteten, läuft das Ende Juli gestartete [Pilotprogramm mit der libanesischen Armee](#) noch nicht wie gewünscht. Ziel des Programmes ist es, dass die libanesische Armee Stück für Stück die Entwaffnung der Hisbollah übernimmt. Für den Anfang operiert sie dazu probeweise in zwei Pilotzonen.

Doch israelische Armeevertreter sagen nun, dass die Libanesen dem Ziel nicht gerecht würden. Aufgrund rechtlicher Einschränkungen führten die Soldaten etwa keine Suchaktionen in Wohnhäusern durch. Doch die Hisbollah versteckte ihre Waffen in den vergangenen Jahren gerade dort. Wie ein hochrangiger amerikanischer Vertreter sagte, befürworten einige libanesische Generäle daher einen Verbleib der israelischen Armee im Südlibanon. Diese befürchten demnach eine Rückkehr der Hisbollah in bereits demilitarisierte Gebiete.

Netanjahu: Bringen das iranische Regime zu Fall

Indes haben sich sowohl der israelische Premier Benjamin Netanjahu (Likud) als auch US-Präsident Donald Trump (Republikaner) zuversichtlich gezeigt, dass das iranische Regime zusammenbricht. Beide befinden sich allerdings im Wahlkampf, Trump indirekt durch die Zwischenwahlen am 3. November.

Netanjahu sagte dem Sender „i24 News“, sein Ziel, die vom Iran geführte „Achse des Bösen“ zu zerstören, sei noch nicht erreicht. Er ergänzte: „Wir werden dieses Regime schlagen. Es wird fallen, wir werden es zum Fall bringen. Es steht bereits auf schwachen Beinen.“ Trump rief die Israelis am Mittwoch auf, sich angesichts der erneuten Eskalation mit dem Iran keine Sorgen zu machen. „Israel sollte sich keine Sorgen machen. Wissen Sie warum? Weil ich der Präsident bin und ich mich um Israel kümmern werde“, sagte Trump dem israelischen Sender „Kan“.

Falscher Raketenalarm

Am Dienstag hatte das neue Schuljahr [begonnen](#), dabei öffneten Schulen mitunter zum ersten Mal seit dem Terrormassaker vom 7. Oktober. Staatspräsident Jizchak Herzog beschrieb die Öffnung als Triumph und Zeichen der Stärke Israels. Gerade für die Menschen im Norden sei es an der Zeit, zu einem Leben mit Routine zurückzukehren.

Doch in der Nacht zum Mittwoch weckte ein Raketenalarm Erinnerungen an dunkle Zeiten. Abfangraketen wurden abgefeuert. Zwar entpuppte er sich als Fehlalarm, doch zahlreiche Israelis flüchteten in die Schutzräume. Im Südlibanon kamen hingegen israelische Soldaten unter Drohnenbeschuss. Die Armee griff daraufhin Terrorziele der Hisbollah an. (df)

Kasachstan: Internationaler Tag gegen Nuklearversuche

Aus Zentralasien die gemeinsame Entscheidung gegen Atomwaffen

Astana (Fides) – Jedes Jahr am 29. August begeht die internationale Gemeinschaft den Internationalen Tag gegen Atomwaffentests. In Kasachstan hat dieses Datum eine hohe Symbolkraft: Am 29. August 1991 wurde das Atomwaffentestgelände Semipalatinsk geschlossen. Die erste sowjetische Atomexplosion hatte dort 42 Jahre zuvor, am 29. August 1949, stattgefunden. Dieses Datum symbolisiert in der Geschichte des Landes sowohl den Beginn einer tragischen Ära als auch die bewusste Entscheidung für Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit. 2026 jährt sich die Schließung des Atomwaffentestgeländes Semipalatinsk zum 35. Mal, gleichzeitig aber auch die Unterzeichnung des Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT) zum 30. Mal. Zudem jährt sich die Unterzeichnung des Semipalatinsk-Vertrags über eine kernwaffenfreie Zone in Zentralasien zum 20. Mal. „Dies sind drei Jahrestage, die das nationale Gedächtnis Kasachstans mit den globalen Bemühungen zur Verhinderung neuer nuklearer Tragödien verbinden“, heißt es in einer Erklärung der kasachischen Botschaft beim Heiligen Stuhl, die Fides vorliegt. Zwischen 1949 und 1989 wurden auf dem Testgelände Semipalatinsk insgesamt 456 Atomwaffentests durchgeführt: 30 bodengestützte, 86 atmosphärische und 340 unterirdische Tests. Ihre Folgen betrafen weite Gebiete und ganze Generationen von Menschen, etwa 1,5 Millionen, darunter auch die Nachkommen der direkt Betroffenen. Die Forschung dokumentiert weiterhin die langfristigen medizinischen, psychologischen und sozialen Folgen der Strahlenbelastung. Semipalatinsk erinnert daher bis heute an die menschlichen Kosten von Atomtests für Einzelpersonen, Familien, die Gesellschaft und die Umwelt. Diese Geschichte führte zu einer starken öffentlichen Anti-Atomkraft-Bewegung: 1989 entstand die internationale antinukleare „Nevada-Semipalatinsk“-Protestbewegung, in der sich die Befürworter eines Endes der Atomtests zusammenschlossen. Auch dank dieser Mobilisierung wurden die Tests eingestellt, und am 29. August 1991 wurde das Testgelände endgültig geschlossen, noch bevor Kasachstan seine Unabhängigkeit erklärte. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verfügte Kasachstan über eines der damals größten Atomwaffenarsenale der Welt: rund 1.400 Atomsprengköpfe sowie die dazugehörige strategische Infrastruktur. Nach dem Ende des Kalten Krieges beschloss Kasachstan, dieses Arsenal aufzugeben und strebte eine freiwillige nukleare Abrüstung an. 1994 trat Kasachstan als Nichtkernwaffenstaat dem Atomwaffensperrvertrag (Traité sur la non-prolifération des armements nucléaires, TNP) bei. Bis 1995 waren die letzten Atomsprengköpfe aus dem Staatsgebiet entfernt worden, und der Staat unterzeichnete am 30. September 1996 den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen und ratifizierte ihn am 14. Mai 2002. Die Geschichte von Semipalatinsk endete nicht mit der Schließung des Testgeländes. Kasachstan musste die ehemalige militärische Infrastruktur sichern, die kontaminierten Gebiete untersuchen und die Voraussetzungen für deren Sanierung schaffen. Zu diesem Zweck wurde 1992 das Nationale Nuklearzentrum der Republik Kasachstan gegründet. Zwischen 2008 und 2021 wurde eine umfassende Umweltuntersuchung des gesamten ehemaligen Testgeländes durchgeführt, die über zwei Millionen Feldmessungen und über 100.000 Laboranalysen umfasste.

2023 wurde die Nuklearsicherheitszone Semipalatinsk eingerichtet, die einem speziellen Rechtsrahmen unterliegt. Dieser sieht einen eingeschränkten Zugang zu den kontaminierten Gebieten, deren Sanierung sowie eine kontinuierliche Überwachung von Strahlung und Umwelt vor. So hat sich ein einst für Atomtests vorgesehenes Gebiet schrittweise in einen Raum für wissenschaftliche Forschung und internationale Zusammenarbeit verwandelt und den Übergang von einer militärischen Infrastruktur zu einem Ort für friedliche Forschung abgeschlossen. Diese Politik erlangte auch regionale Bedeutung: Der Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Zentralasien, der am 8. September 2006 in Semipalatinsk von Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan unterzeichnet wurde, trat 2009 in Kraft. Zentralasien – eine Region, in der zuvor nicht nur Atomwaffen getestet, sondern auch stationiert worden waren – wurde damit zur ersten atomwaffenfreien Zone der Nordhalbkugel. Auf dem Gebiet, auf dem jahrzehntlang eines der größten Atomwaffentestgelände der Welt betrieben wurde, brachten fünf Staaten rechtlich ihre gemeinsame Entscheidung für eine atomwaffenfreie Zone zum Ausdruck. International hat Kasachstan daran gearbeitet, dem Gedenken an Semipalatinsk eine universelle Dimension zu verleihen. Auf Initiative des Staates verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Dezember 2009 die Resolution 64/35, mit der der 29. August zum Internationalen Tag gegen Atomwaffentests erklärt und der Tag der Schließung des Testgeländes im Gedächtnis der gesamten Menschheit verankert wurde. Im Jahr 2015 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung über die Verwirklichung einer kernwaffenfreien Welt“, die von Kasachstan initiiert wurde. Kasachstan ist Mitglied des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen, der 2018 unterzeichnet und am 29. August 2019 ratifiziert wurde. Auch der Heilige Stuhl unterzeichnete und ratifizierte den Vertrag am 20. September 2017 und gehörte damit zu den ersten Mitgliedstaaten. „Der Präsident der Republik Kasachstan, Kassym-Schomart Tokajew, rief zur Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Atommächten und zu multilateralen Maßnahmen zur Verringerung des Risikos eines Atomwaffeneinsatzes auf. Papst Leo XIV. äußerte in einer Botschaft vom 5. März 2026 die Hoffnung, dass ‚die nukleare Bedrohung nie wieder die Zukunft der Menschheit bestimmen wird‘. Kasachstan und der Heilige Stuhl sind nicht nur durch das moralische Bestreben nach einer Welt ohne Atomwaffen vereint, sondern auch durch ein konkretes, völkerrechtlich verankertes Engagement für die Verwirklichung dieses Ziels“, heißt es in der Erklärung der kasachischen Botschaft beim Heiligen Stuhl. „Dies ist eine der zentralen Bedeutungen des 29. August: die Erinnerung an das Erlebte zu bewahren und diese Erinnerung in Verantwortung für eine Zukunft umzuwandeln, die nicht von der nuklearen Bedrohung und Angst, sondern von Menschenwürde, Vertrauen und Frieden geprägt ist“ heißt es abschließend. (PA) (Fides 29/08/2026)

Katar: Wie leben die Christen in Katar?

Kirchen in Katar dürfen nur unter strengen Auflagen bestehen. Der einzige Ort in der Hauptstadt Doha, an dem öffentliche christliche Gottesdienste abgehalten werden dürfen, ist ein Komplex im Besitz der Regierung. Selbst dort dürfen die Kirchengebäude keine äußeren religiösen Symbole aufweisen. In ganz Katar sind sowohl Evangelisation als auch der Austritt aus dem Islam strafbare Handlungen – obwohl seit 1971 keine Strafvollstreckungen bekannt sind. Wie in vielen mehrheitlich muslimischen Ländern sind Konvertiten vom Islam einem hohen Risiko von Repressalien durch ihre Familie, Nachbarn oder ehemalige Freunde ausgesetzt.

Quelle: Barnabas Aid/ WORLDNEWS 332 Bridgeway Publications 15 August 2026

Kirgistan: Verhandlung wieder verschoben

(Licht im Osten) Wir hatten Ihnen ja geschrieben, dass bezüglich des Freizeitgeländes eine erste Gerichtsverhandlung zugunsten des Gemeindeverbands in Kirgisistan entschieden worden war. Die zweite stand noch aus. Es war dann kurzfristig ein Termin für den 3. August angesetzt worden, aber zu diesem Termin, an dem wohl drei Parteien beteiligt sind, war einer der Kläger nicht erschienen.

Daraufhin war ein neuer Termin für den 10. August festgesetzt worden. Aber auch zu diesem Termin war wieder einer der Kläger nicht erschienen, so dass die Verhandlung erneut verschoben wurde, und zwar auf den 10. September. Dies ist aber die letzte Möglichkeit, die Verhandlung durchzuführen, wahrscheinlich unabhängig davon, ob alle Parteien zugegen sein werden oder nicht. So bitten unsere Geschwister darum: ➤ **„Bitte betet weiter!“**

Nepal: Zwei Kirchen von Fluten weggespült

Mehr als 125 Christen sollen ums Leben gekommen sein

Timure (IDEA) – Die schweren Sturzfluten und Erdrutsche in Nepal haben zwei Kirchen im Distrikt Rasuwa zerstört. Die Kirchengebäude, die sich in der Ortschaft Timure befanden, seien von den Wassermassen weggespült worden, teilte die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) mit. In der Ortschaft befanden sich zuvor insgesamt sechs Kirchen. In aktuellen Berichten über die Katastrophe ist von mehr als 125 toten Christen die Rede. Eine offizielle Bestätigung stehe noch aus, da die Such- und Erkundungsarbeiten andauerten. Besonders betroffen sind laut WEA die Regionen um Timure und Syabrubesi. Straßen, Brücken, Häuser und weitere Infrastruktur wurden zerstört, zahlreiche Menschen werden vermisst. Nach Angaben der lokalen Kirchenvertreter sind mehr als 8.000 Menschen in den Regionen von unterbrochenen Kommunikationsverbindungen betroffen. Viele Gebiete seien ohne Strom und ohne zuverlässigen Mobilfunk- oder Radioempfang. Die Katastrophe habe mehr als 40 Prozent der Straßen in den betroffenen Regionen zerstört oder schwer beschädigt.

Kirchen leisten Nothilfe

Die Nothilfe werde von der National Christian Fellowship of Nepal (NCFN) und der Nepal Christian Society (NCS) von der Hauptstadt Kathmandu aus koordiniert. Drei Teams seien mit Mountainbikes in die betroffenen Gebiete unterwegs, um den Bedarf zu erfassen. Pastoren öffneten die verbliebenen Gebäude für Nachbarn, die alles verloren hätten – „und tun das, während sie selbst um eigene Verluste trauern“, so der WEA-Bericht. Nach offiziellen Behördenangaben hat sich die Zahl der Todesopfer in Nepal und Tibet auf insgesamt mindestens 543 erhöht. Mehr als 1.400 Menschen gelten derzeit als vermisst. Von den rund 30 Millionen Einwohnern Nepals sind 65 Prozent Hindus, 14 Prozent Anhänger einheimischer Kulte, zwölf Prozent Buddhisten, fünf Prozent Christen und vier Prozent Muslime.

Niger: Algerien stationiert Militärflugzeuge in Niamey

Nach gescheitertem Putschversuch

Niamey (Fides) – Nach dem Militäraufstand vom vergangenen Wochenende wurden vier Su-30-Kampffjets, begleitet von einem IL-76-Transportflugzeug und einem IL-78-Tankflugzeug, aus Algerien zum Luftwaffenstützpunkt 101 in der Nähe des internationalen Flughafens “Diori Hamani” in Niamey verlegt. Dies ist der erste Auslandseinsatz des algerischen Militärs und unterstreicht die Bedeutung, die Algerien der Lage im südlichen Nachbarland beimisst. Dies ist wohl der bedeutendste geopolitische Aspekt des gescheiterten Aufstands in Niger. Der direkten Intervention des algerischen Militärs, das offenbar nicht an der Niederschlagung des Aufstands beteiligt war, ging wenige Tage zuvor die Spende von vier Hubschraubern sowie Munition, Ersatzteilen, Wartungsausrüstung und logistischer Unterstützung an die nigrischen Streitkräfte voraus.

Der Aufstand einiger Spezialeinheiten, die zur Bekämpfung dschihadistischer Gruppen in den Regionen Tillabéri und Dosso eingesetzt waren, brach in der Nacht vom 28. auf den 29. August aus. Anwohner berichteten von Schüssen und Explosionen an mehreren strategischen Punkten der Hauptstadt: dem Stadtzentrum, dem Präsidentenpalast, der Nähe des Hauptsitzes des staatlichen Radio- und Fernsehsenders sowie dem Luftwaffenstützpunkt 101. Dort ist auch die italienische Militärmission stationiert, das letzte westliche Kontingent, das nach dem Abzug der französischen, amerikanischen und deutschen Truppen noch in Niger stationiert ist.

Am 29. August erklärten die nigrischen Behörden, die Lage wieder unter Kontrolle gebracht und die Ruhe in der Hauptstadt wiederhergestellt zu haben. Zur Bestätigung der Angaben der Militärjunta fand am darauffolgenden Sonntag, dem 30. August, eine offizielle Zeremonie auf dem Luftwaffenstützpunkt 101 statt, um die Ankunft des algerischen Luftwaffenkontingents zu feiern.

Laut einer Erklärung des algerischen Verteidigungsministeriums wurden die Flugzeuge auf Anfrage der nigrischen Behörden nach Niger verlegt. Die Mission soll die nigrischen Streitkräfte angesichts eines von den Behörden als „Versuch der Destabilisierung“ des Staates bezeichneten Angriffs unterstützen.

Der Flughafen Niamey und der Luftwaffenstützpunkt 101 wurden in diesem Jahr bereits dreimal angegriffen: am 29. Januar bei einem Angriff, zu dem sich der Islamische Staat in der Sahelzone bekannte; am 18. Juni bei einem weiteren Angriff, der der JNIM zugeschrieben wird und nun, am 29. August, von aufständischen Soldaten.

Der Putschversuch wurde auch mithilfe von Mitgliedern des „Africa-Corps“, der dem russischen Verteidigungsministerium unterstellten russischen Truppe, die die Wagner-Söldner ablösen, vereitelt. Auf dem Luftwaffenstützpunkt 101 sind sowohl das Kontingent des „Africa Corps“ als auch das gemeinsame Hauptquartier der vereinten Streitkräfte der Allianz der Sahelstaaten (Alliance des États du Sahel – AES) untergebracht, der Niger, Burkina Faso und Mali angehören.

Algerien hat unterdessen nach den Spannungen der letzten Jahre auch die Beziehungen zu Mali wieder aufgenommen. Die Beziehungen hatten sich seit 2023/24 bereits verschlechtert, insbesondere nach Malis Ausstieg aus dem 2015 von Algier vermittelten Abkommen, das Algerien mit bewaffneten Gruppen im Norden ausgehandelt hatte. Mali wirft Algerien zudem vor, bestimmte bewaffnete Gruppen zu unterstützen oder zu beherbergen. Die algerische Militärpräsenz im Zentrum des AES-Generalstabs könnte daher auch einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Mali und Algier markieren.

(L.M.) (Fides 31/8/2026)

Niger: Vorwürfe gegen „ausländische Mächte“

Militäraufstand

Niamey (Agenzia Fides) – „Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“. Dieses berühmte Sprichwort lässt sich auch auf andere Situationen als offene Konflikte anwenden, etwa auf Putschversuche oder Militäraufstände, wie den, der sich in der Nacht vom 28. auf den 29. August im Niger ereignete.

Niamey (Agenzia Fides) – „Die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges.“ Dieser bekannte Aphorismus lässt sich auch auf Situationen jenseits offener Konflikte anwenden, etwa auf Staatsstriche oder Militäraufstände, wie jenen, der sich in der Nacht vom 28. auf den 29. August in Niger ereignete.

Aufständisch aus verschiedenen Einheiten unter dem Kommando von Offizieren aus den Regionen Tillabéri und Dosso, griffen strategische Punkte in der Hauptstadt Niamey an. Die Rebellen erhoben keine politischen Forderungen, gehören laut lokalen Quellen aber zu den Anti-Terror-Spezialeinheiten. Der Aufstand basiert mutmaßlich auf Protesten gegen den unorganisierten Kampf gegen dschihadistische Gruppen in der Sahelzone.

Unterdessen hatte die Militärjunta, die am 26. Juli 2023 durch einen Putsch die Macht ergriff, den Sturz von Präsident Mohamed Bazoum damit rechtfertigte, ihm vorgeworfen zu haben, die Sicherheit des Landes nicht gewährleistet zu haben.

Nachdem die Behörden in Niamey den Aufstand mit russischer Hilfe und der Unterstützung Algeriens niedergeschlagen hatten, beschuldigten sie ausländische Mächte, den Putschversuch unterstützt zu haben.

Der nigrische Hauptmann Roger Gabriel beschuldigte in einer im staatlichen Fernsehen verlesenen Erklärung insbesondere einige Mitglieder des Umfelds des ehemaligen Präsidenten Mohamed Bazoum sowie Beamte aus Frankreich, Tschad, Benin und der Elfenbeinküste, den Putschversuch unterstützt zu haben.

Der Offizier gab außerdem an, Anrufe aus dem Ausland, insbesondere aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Belgien, erhalten zu haben, in denen er aufgefordert wurde, sich den Rebellen anzuschließen. Seine Gesprächspartner behaupteten zudem, französische Spezialeinheiten würden in Kürze am Flughafen Niamey eintreffen, um die Rebellen zu unterstützen.

In der Folge erschienen in sozialen Medien Beiträge, in denen behauptet wurde, die nigrischen Behörden hätten beschlossen, mehrere von den Vereinigten Arabischen Emiraten finanzierte religiöse Zentren zu schließen, die von einigen als Ausbildungszentren für „Terroristen“ bezeichnet wurden. Ein unbestätigtes Video, das angeblich die Zerstörung eines von den Emiraten finanzierten religiösen Zentrums zeigt, kursierte ebenfalls im Internet. Die Zerstörung soll nur wenige Tage nach dem gescheiterten Militäraufstand stattgefunden haben.

Die Lage bleibt daher weiterhin unklar. Es scheint jedoch, als versuche die Militärjunta, die internen Spaltungen innerhalb ihrer Streitkräfte zu verschleiern, indem sie „ausländische Mächte“ beschuldigt, den Aufstand angestiftet und unterstützt zu haben.

(L.M.) (Fides 2/9/2026)

Nigeria: Bischöfe beklagen Gewalt

“Massaker und Massenentführungen müssen enden”

Abuja (Fides) – Die jüngste barbarische Entführung von über 60 Gläubigen aus einer Moschee in Borgu, Bundesstaat Niger, und das entsetzliche Massaker an 47 unschuldigen Menschen, bei dem 17 weitere schwer verletzt wurden, in Ukum im Bundesstaat Benue, verdeutlichen eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage“, so die Bischöfe Nigerias in einer Stellungnahme vom 26. August, die vom Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz, Erzbischof Matthew Man-Oso Ndagoso von Kaduna, unterzeichnet ist. „Ob in einer Moschee, einer Kirche, auf einem Markt oder in der Geborgenheit ihrer Häuser – Nigerianer werden weiterhin ungestraft massakriert, traumatisiert und vertrieben“, so der Vorsitzende der Bischofskonferenz.

Die nigerianischen Bischöfe sprechen allen Betroffenen der Gewalt verschiedener bewaffneter Gruppen ihre Verbundenheit aus. „Wir sprechen den Angehörigen der Opfer unser tiefstes Beileid aus. Wir solidarisieren uns mit unseren muslimischen Brüdern und Schwestern im Bundesstaat Niger und in ganz Nigeria und beten für die sichere Freilassung aller 60 entführten Gläubigen. Ein Angriff auf ein Gotteshaus ist ein Angriff auf unsere gesamte Gemeinschaft“, heißt es in der Erklärung.

Die Bischöfe beziehen sich auf eine Reihe von Angriffen, die am 21. August während des Freitagsgebets im Verwaltungsbezirk Borgu im Bundesstaat Niger (Nordzentralnigeria) und im Verwaltungsbezirk Ukum im Bundesstaat Benue (ebenfalls Nordzentralnigeria) verübt wurden.

Im Fall von Borgu verübten bewaffnete Banden, möglicherweise mit Verbindungen zu Gruppen wie „Lakurawa“ oder einer rivalisierenden Fraktion wie „Mahmuda/Mamuda“, koordinierte Angriffe auf Gemeinden und Moscheen im Distrikt Dekara. Zu den Zielen gehörten mehrere Moscheen in Dekara, darunter die Zentralmoschee, sowie Moscheen in Kpenya und Sabon-Gida/Gidan-Zana und einige nahegelegene Dörfer wie Masaka.

Die Angreifer drangen während des Freitagsgebets in die Moscheen ein und entführten Gläubige. Viele wurden in die nahegelegenen Wälder am Kainji-See verschleppt. Die Schätzungen der Entführungszahlen variieren: Einige Quellen sprechen von über 60, andere von mehr als 100. Zeugen zufolge entführten die Banditen auch Frauen und Kinder und holten sie von Haus zu Haus ab.

In Ukum griffen bewaffnete Banden auf Motorrädern zwischen dem 16. und 17. August in den frühen Morgenstunden mehrere Ortschaften im Bezirk Mbazun/Mbaterem an und führten dabei zeitgleiche Angriffe durch. 47 Menschen starben, 17 weitere wurden schwer verletzt.

Angesichts dieser und anderer Gewalttaten gegen nigerianische Gemeinschaften appellieren die Bischöfe an die Regierungsbehörden und Sicherheitskräfte, „alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um dieses Blutvergießen in unserem Land zu beenden“.

Die Mitglieder der Bischofskonferenz richten schließlich einen dringenden Appell an „Banditen, Terroristen, Entführer und ihre Drahtzieher“, das Blutvergießen zu stoppen: „Das menschliche Leben gehört allein Gott, und nichts rechtfertigt diese Grausamkeit. Eine Zukunft kann nicht auf den Tränen unschuldiger Menschen aufgebaut werden.“

(L.M.) (Fides 28/8/2026)

Nigeria: Höchstmaß an christenfeindlicher Gewalt

Wenn es um Christenverfolgung geht, wird über kein anderes Land derzeit so viel diskutiert wie über Nigeria.

(IDEA) Auch die Bundesregierung hat jüngst ihre Einschätzung zur Lage der Christen in dem afrikanischen Land veröffentlicht. Dazu nimmt der Leiter des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors, Markus Rode, Stellung.

Am 24. August hat die Bundesregierung anlässlich einer kleinen Anfrage der AfD eine Stellungnahme zur Situation der [Christen in Nigeria](#) veröffentlicht, unter anderem anhand von Informationen von Open Doors. Darin geht es neben der Frage, ob in Nigeria ein Völkermord an Christen stattfindet, auch darum, dass Nigeria eines der gefährlichsten Länder weltweit für Christen ist. Laut der offiziellen Antwort ist „eine solche Einstufung Nigerias durch eine internationale Organisation im Sinne der Fragestellung der Bundesregierung nicht bekannt.“ Dazu muss man wissen: Internationale Organisationen im völkerrechtlichen Sinn entstehen durch Zusammenschlüsse von Staaten, also etwa die UNO, die WTO oder ähnliche Institutionen. Als Nichtregierungsorganisation (NGO) fällt Open Doors in eine andere Kategorie. Die Anfrage ist in jedem Fall ein willkommener Anlass, den Blick auf die weiterhin dramatische Situation vieler Christen in Nigeria zu richten.

Die Situation im Land

Als Hilfswerk ist Open Doors seit vielen Jahren auch in Nigeria tätig, um den dortigen Christen angesichts jahrelanger Verfolgung und einem Höchstmaß an christenfeindlicher Gewalt beizustehen. Aktuell sind in dem Land vier Millionen Menschen auf der Flucht vor Gewalt – überwiegend Christen. Die kleine Anfrage der AfD gibt die von Open Doors ermittelten Zahlen korrekt wieder: 3.490 Christen wurden innerhalb eines Jahres getötet, mehr als in allen anderen Ländern der Welt zusammen. Aktuelle Zahlen weisen darauf hin, dass Morde und Entführungen wieder zunehmen. Dies belegt unter anderem eine im Juli 2026 veröffentlichte Sechsjahresstudie der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika (ORFA). Sie verdeutlicht unter anderem, dass Christen in Nigeria systematisch im Visier extremistischer Gruppen stehen.

„Völkermord“ an Christen?

Die Frage, ob angesichts der extremen Gewalt von einem Genozid an Christen gesprochen werden kann, war bereits im vergangenen Jahr zu Recht Gegenstand öffentlicher Diskussionen (unter anderem aufgrund von Aussagen des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump). Es spricht vieles dafür, dass Boko Haram, ISWAP und militante Fulani-Extremisten international geächtete Verbrechen begangen haben, sei es Völkermord, ethno-religiöse Säuberung oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Regierungen sollten dies weiter untersuchen, ohne dabei zu zögern, den Millionen von Gewalt und Vertreibung betroffenen Christen den dringend benötigten Schutz und Nothilfe zukommen zu lassen.

Erhalten Christen ausreichend Schutz & Hilfe?

Seit der öffentlichen Debatte im vergangenen Jahr und dem verstärkten Druck der USA hat die nigerianische Regierung einige Maßnahmen zum besseren Schutz der Bevölkerung vor Gewaltakten ergriffen. Dennoch reißt die Serie tödlicher Überfälle und Entführungen nicht ab. Erst am 18. August wurden im Verwaltungsbezirk Mangu 25 Christen bei einem nächtlichen Überfall getötet. Tage zuvor konnten die Angreifer an anderen Orten zurückgedrängt werden. In 99 Prozent von Christen bewohnten Mangu waren bereits im Jahr 2023 Hunderte Menschen getötet worden. Es besteht also weiterhin dringender Handlungsbedarf – vonseiten der zuständigen Behörden, aber auch von westlichen Regierungen mehr Druck auf die Regierung in Nigeria auszuüben. Open Doors begegnet der Gewalt und Vertreibung der Christen in Nigeria und weiteren betroffenen Ländern in Subshara-Afrika mit der internationalen Kampagne [„Arise Africa“](#).

Nigeria: Journalist nach Bericht über Christenverfolgung freigesprochen

Der Rechtsstreit wegen des Vorwurfs der Verleumdung dauerte fünf Jahre

Kaduna/Wien (IDEA) – Ein nigerianisches Bundesgericht hat den christlichen Journalisten Luka Binniyat vom Vorwurf der strafbaren Verleumdung freigesprochen. Damit endet ein fünfjähriger Rechtsstreit um seine Berichterstattung über die Verfolgung von Christen im Bundesstaat Kaduna. Das teilte die christliche Menschenrechtsorganisation Alliance Defending Freedom (ADF) International mit, die den in Kaduna ansässigen Reporter juristisch unterstützt hatte. Das Gericht stellte in seiner Ende Mai 2026 veröffentlichten Entscheidung fest, es gebe keine stichhaltigen Beweise für den Verleumdungsvorwurf. Die vorgelegten Beweismittel seien „offenkundig unzuverlässig“ gewesen. Die Entscheidung erfolgte nach einem Antrag auf Einstellung des Verfahrens. Binniyat gilt als eine der bekanntesten Stimmen, die über die Verfolgung von Christen im Süden Kadunas berichten.

Verhaftung nach Artikel über „Genozid“-Vorwurf

Binniyat hatte im Oktober 2021 einen Artikel für die in den USA ansässige Zeitung „Epoch Times“ verfasst. Darin zitierte er einen nigerianischen Abgeordneten, der einem anderen Parlamentarier vorwarf, einen „Genozid“ an Christen in Kaduna zu „vertuschen“. Nach der Veröffentlichung wurde Binniyat verhaftet und angeklagt. Erst im Februar 2022 kam er wieder frei und kämpfte danach jahrelang gegen die Anklage. Es sei „beunruhigend“, dass er strafrechtlich verfolgt worden sei, weil er als Journalist Fakten berichtet habe, erklärte Binniyat gegenüber ADF. Seine Erfahrung zeige, „dass in Nigeria noch viel zu tun ist, um die Meinungsfreiheit zu schützen, insbesondere wenn es darum geht, sich zur Religionsfreiheit zu äußern und ehrlich darüber zu berichten, was mit Christen im Land wirklich geschieht“.

Anwalt spricht von „Weckruf“

Der leitende Anwalt für globale Religionsfreiheit bei ADF International, Sean Nelson (Washington, D. C.), bezeichnete das Urteil als „Weckruf“. „Genaue Berichterstattung über Gräueltaten ist kein Verbrechen, und Journalisten, die über religiöse Verfolgung berichten, verdienen Schutz, keine Strafverfolgung“, sagte er. Nigeria gehört laut ADF International zu den gefährlichsten Ländern der Welt für Christen. Nach Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors werden dort jedes Jahr mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Auf dem Weltverfolgungsindex belegt der Staat Rang sieben der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Von den über 200 Millionen Einwohnern Nigerias sind etwa die Hälfte Christen.

Nigeria: Nach Angriffen auf muslimische Gemeinden

Bischof von Kontagora fordert Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen für Kultstätten

Abuja (Fides) – „Moscheen müssen vor dschihadistischen Angriffen geschützt werden“, dies fordert Bischof Bulus Yohanna von Kontagora und Präsident der Christian Association of Nigeria (CAN) im Bundesstaat Niger, einem der 36 Bundesstaaten Nigerias im mittleren Norden des Landes.

„Für uns ist ein Angriff auf ein Gotteshaus, unabhängig von der Religion, ein Angriff auf die Heiligkeit dieser Stätten und eine Bedrohung für die gesamte Gemeinschaft“, sagte Bischof Yohanna in seiner Predigt während des Sonntagsgottesdienstes, am gestrigen 30. August, in der katholischen Kathedrale St. Michael in Kontagora.

Mit Blick auf die jüngsten Angriffe auf muslimische Gemeinden vor Ort (vgl. Fides 28/08/2026) betonte Bischof Yohanna die Dringlichkeit des Schutzes der Moscheen vor dschihadistischen Angriffen. Yohanna betonte: „Das gesamte Emirat Borgu, zu dem auch die lokalen Regierungsbezirke Agwara und Borgu gehören, benötigt eine starke und ständige Präsenz von Sicherheitskräften, damit die Bewohner ländlicher Gemeinden ohne Angst vor Entführungen leben können.“

Dem Appell des Bischofs von Kontagora war am vergangenen 21. August ein koordinierter Angriff auf fünf Gemeinden im Verwaltungsbezirk Borgu vorausgegangen. Bewaffnete Männer stürmten während des Freitagsgebets Moscheen und entführten Hunderte von Gläubigen. Betroffen sind die Gemeinden Dekara, Kpenya, Sabon Gida, Maciyan Gyada und Gidan Zana.

Die Christian Association of Nigeria (CAN), deren Landesverband Niger von Bischof Yohanna geleitet wird, ist der Dachverband der christlichen Konfessionen in Nigeria. Die katholische Kirche ist durch die Nigerianische Bischofskonferenz vertreten.

Bereits in der vergangenen Woche verurteilten die nigerianischen Bischöfe die wahllosen Angriffe auf die Bevölkerung des Landes, unabhängig von deren Religionszugehörigkeit, aufs Schärfste und forderten die Behörden auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Bevölkerung zu schützen.

(L.M.) (Fides 31/8/2026)

Pakistan: Basiert Kinderheirats-Urteil auf Dokumentenfälschung?

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/03.09.26 - Christliche Menschenrechtsaktivisten verurteilten am Samstag (29. August) die Entscheidung eines pakistanischen Gerichts, das Sorgerecht für ein 13-jähriges christliches Mädchen einem Muslim zu übertragen, der beschuldigt wird, sie entführt, gewaltsam konvertiert und geheiratet zu haben. Mit der Warnung, dass das Urteil Amber Nadeem weiteren Misshandlungen und Nötigungen aussetzen könnte, forderten die Aktivisten gemeinsam mit der Mutter des Mädchens, Nadia Nadeem, die Behörden auf, das Kind zu schützen.

Im Presseclub von Faisalabad schlossen sich der Vorsitzende der „Minorities Alliance Pakistan“, Rechtsanwalt Akmal Bhatti, der Vorsitzende von „Voice of Justice“, Joseph Janssen, Rechtsanwalt Haroon Michael und Sadaf Adnan Nadia Nadeem an, um gegen das Urteil vom 25. Juli zu protestieren, das ein Richter in Faisalabad in der Provinz Punjab gefällt hatte – trotz ungeklärter Fragen zu Ambers Alter und den Umständen ihrer angeblichen Konversion und Heirat.

Laut Janssen wurde Amber am 12. Juni von Mohsin Liaqat entführt. Nach einer Anzeige bei der Polizei konnten die Behörden sie ausfindig machen und nahmen sie in einer Einrichtung für geschlechtsspezifische Gewalt in Schutzgewahrsam. Liaqat wurde im Zusammenhang mit dem Fall festgenommen. Während der ersten Verhandlung vor einem Amtsrichter am 27. Juni soll Amber dem Gericht gegenüber ausgesagt haben, dass Mitglieder von Liaqats Familie sie unter Druck gesetzt hätten, zu behaupten, sie sei volljährig. Die Verteidigung legte daraufhin Konversions- und Heiratsurkunden vor, aus denen hervorging, dass Amber 18 Jahre alt sei und ihr Geburtsdatum im Juni 2008 angegeben war.

Ihre Familie und ihre Rechtsvertreter bestritten die Echtheit der Dokumente und wiesen darauf hin, dass Ambers Eltern erst 2012 geheiratet hätten. Der Richter ordnete unter Verweis auf Unstimmigkeiten bezüglich ihres Alters eine ärztliche Untersuchung an, um ihr tatsächliches Alter festzustellen, und wies an, dass sie bis zum Vorliegen der Ergebnisse in einer staatlichen Schutzunterkunft verbleiben solle. Janssen sagte, die Altersuntersuchung sei dem Richter noch nicht vorgelegt worden, als Richterin Rana Sohail anschließend das Sorgerecht für Amber an Liaqat übertrug – den die Verteidigung als ihren Ehemann bezeichnete – und ihm eine Freilassung gegen Kaution gewährte.

Die Richterin akzeptierte eine neu eingereichte eidesstattliche Erklärung, in der Amber angab, sie sei freiwillig zum Islam konvertiert, habe Liaqat aus freiem Willen geheiratet und sei nicht entführt worden, so Janssen. Der Staatsanwalt Muhammad Anwar Naz lehnte den Antrag auf Freilassung gegen Kaution entschieden ab und forderte das Gericht nachdrücklich auf, die vorliegenden Akten zu berücksichtigen, so Janssen. Er behauptete außerdem, die Verteidiger hätten Amber während des Verfahrens gewarnt, dass ihr eine Strafe wegen Apostasie drohen könnte, sollte sie ihre Konversion widerrufen. „Diese Behauptung hat Bedenken aufkommen lassen, dass ihre Aussagen möglicherweise durch Einschüchterung oder Nötigung beeinflusst wurden“, fügte Janssen hinzu.

Ambers Mutter erklärte gegenüber Reportern, die Familie habe die Einleitung eines Strafverfahrens wegen angeblich gefälschter Geburtsurkunden beantragt, mit denen das Alter von Amber und ihrer Schwester Jennifer verändert worden sei. Die Familie habe eine beglaubigte Familienregistrierungsbescheinigung vorgelegt, die den umstrittenen Geburtsurkunden widerspreche. Außerdem habe sie eine Zivilklage eingereicht, um die Aufhebung der Heiratsurkunde sowie die Feststellung zu erwirken, dass die Ehe rechtswidrig und nichtig sei, sagte Nadia Nadeem.

Janssen sagte, der Fall veranschauliche die Schutzbedürftigkeit von Mädchen aus religiösen Minderheiten, wenn Vorwürfe von Entführung, Konversion und Kinderheirat zusammenkommen. Er forderte Strafverfolgungsbehörden und die Justiz auf, sicherzustellen, dass der rechtliche Schutz für Kinder ohne Diskriminierung angewendet wird. „In Ambers Fall geht es nicht nur um ein einzelnes Kind; es ist ein Test dafür, ob Pakistans Kinderschutzgesetzte, verfassungsrechtliche Garantien und Verpflichtungen zur Religionsfreiheit gleichermaßen für jedes Kind gelten, unabhängig von seiner Religion“, sagte Janssen.

Akmal Bhatti von MAP erklärte gegenüber Reportern, dass das Gesetz zur Eindämmung von Kinderheirat in Punjab von 2026 einen stärkeren rechtlichen Schutz für Kinder biete und Kinderheirat sowie damit verbundene Straftaten unter Strafe stelle. Er sagte, die angebliche Zustimmung oder Aussage eines Kindes dürfe für sich genommen nicht ausschlaggebend für das Sorgerecht oder den Schutz sein, wenn glaubwürdige Vorwürfe wegen Entführung, Grooming, Nötigung, Einschüchterung oder Manipulation vorliegen. „Das Wohl, die Sicherheit, die Würde und das langfristige Wohlergehen des Kindes müssen oberste Priorität haben“, sagte Bhatti.

Die Menschenrechtsaktivistin Sadaf Adnan forderte umfassende Gesetze, die erzwungene Religionswechsel unter Strafe stellen, insbesondere wenn Minderjährige betroffen sind. Sie drängte zudem auf unabhängige Ermittlungen zu Vorwürfen von erzwungenen Religionswechseln, Entführung, Kinderheirat und sexueller Ausbeutung.

Rechtsanwalt Michael appellierte an die Regierung von Punjab, die Polizei und die Justiz, einzugreifen, um Amber zu schützen, die mutmaßliche Fälschung von Dokumenten und andere Straftaten zu untersuchen und sicherzustellen, dass der Fall im Einklang mit dem Gesetz und dem Wohl des Kindes entschieden wird.

Janssen verwies zudem auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli, in der Pakistan aufgefordert wurde, Vorwürfe der Zwangskonvertierung und der Kinderheirat unter Beteiligung von Minderjährigen zu untersuchen, Täter und Komplizen strafrechtlich zu verfolgen, die sichere Rettung und den Schutz der Opfer zu gewährleisten, die Kapazitäten der Justiz zu stärken und die Gesetze gegen Kinderheirat vollständig umzusetzen.

Die Pressekonferenz fand kurz nachdem Mitglieder des US-Kongresses die pakistanische Regierung aufgefordert hatten, eine 18-jährige Christin zu schützen, die nach Angaben ihrer Familie entführt und gewaltsam zum Islam bekehrt worden sei.

In einem Schreiben vom 20. August an Pakistans Minister für Recht und Justiz, Azam Nazeer Tarar, äußerten elf Kongressabgeordnete laut Christian Solidarity International (CSI), die ihre Familie unterstützt, Besorgnis über das Gerichtsverfahren gegen Neha Faqir. Der Abgeordnete Chris Smith (R-New Jersey) sowie die Abgeordneten James P. McGovern, French Hill, Gus Bilirakis, Andy Harris, Maria Elvira Salazar, Riley Moore, Randy Weber, Michael Cloud, Brad Sherman und Blake Moore unterzeichneten den Brief.

Laut CSI verschwand Faqir am 24. März, nachdem sie ihr Elternhaus in Kot Radha Kishan im Bezirk Kasur in Punjab verlassen hatte, um an einem Kurs in einem nahegelegenen Nähzentrum teilzunehmen. Ein Anwalt, der die Familie unterstützt, konnte sie später in einem islamischen Seminar in Lahore ausfindig machen, wo die Familie erfuhr, dass sie einige Tage nach ihrem Verschwinden zum Islam konvertiert war, so CSI.

Faqirs Familie bestreitet die Gültigkeit der Konversion und erklärt, sie habe niemals die Absicht geäußert, ihre Religion zu wechseln. Die Abgeordneten forderten Tarar nachdrücklich auf, Faqirs körperliche Unversehrtheit und ihr Wohlergehen zu gewährleisten, ihr vertraulichen Zugang zu unabhängiger rechtlicher Beratung zu gewähren und ihr zu ermöglichen, frei und unter vier Augen mit ihrer Familie zu kommunizieren. Sie forderten außerdem, dass alle weiteren gerichtlichen Verfahren unter Bedingungen durchgeführt werden, die es ihr ermöglichen, ihre Wünsche „frei und ohne Einschüchterung oder unzulässige Beeinflussung“ zu äußern.

Menschenrechtsorganisationen äußern seit langem Besorgnis über Vorwürfe von Entführungen, Zwangskonvertierungen und Zwangsehen, von denen christliche und andere Mädchen und Frauen aus religiösen Minderheiten in Pakistan betroffen sind. Ein Bericht mit dem Titel „Stolen Girls“, der am 14. Juli von der Interessenvertretung Jubilee Campaign im Europäischen Parlament vorgestellt wurde, dokumentierte 210 Fälle von mutmaßlichen Entführungen, erzwungenen Religionswechseln, Kinderheirat und sexueller Gewalt gegen christliche und andere Mädchen aus Minderheiten zwischen 2019 und 2025.

Dem Bericht zufolge deuten die Fälle auf ein umfassenderes Muster von Missbrauch hin, das angeblich durch gefälschte Dokumente, die Manipulation rechtlicher Verfahren und institutionelle Versäumnisse begünstigt wird. Von den 210 dokumentierten Fällen ereigneten sich 186 (88,6 Prozent) in der Provinz Punjab, während 22 (10,5 Prozent) in der Provinz Sindh und zwei (1 Prozent) in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa verzeichnet wurden, so der Bericht.

Mehr als 83 Prozent der Opfer waren unter 18 Jahre alt. Der Bericht identifizierte 134 Opfer im Alter von 14 bis 17 Jahren, 41 unter 14 Jahren und 35 Erwachsene. Das Durchschnittsalter der Opfer betrug 12,8 Jahre, während das Durchschnittsalter der mutmaßlichen Täter bei 35,8 Jahren lag. In mehreren von der Jubilee Campaign dokumentierten Fällen betrug der Altersunterschied zwischen dem mutmaßlichen Opfer und dem Täter mehr als 30 Jahre.

Die Zahlen des Berichts beziehen sich auf von der Organisation dokumentierte Fälle und stellen keine umfassende Erfassung aller mutmaßlichen Entführungen, Zwangskonvertierungen oder Fälle von Kinderheirat dar, an denen religiöse Minderheiten in Pakistan beteiligt sind.

Pakistan belegte auf der „World Watch List 2026“ von Open Doors den achten Platz unter den 50 Ländern, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind. Als Gründe wurden dort systematische Diskriminierung, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen, Schuldnechtschaft und geschlechtsspezifische Übergriffe genannt. Die Organisation erklärte zudem, dass eine schwache Strafverfolgung und weit verbreitete Straflosigkeit es den Tätern antichristlicher Gewalt ermöglicht hätten, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

<https://morningstarnews.org/2026/08/muslims-custody-of-christian-girl-to-muslim-in-pakistan-condemned/>

Pakistan: Zwei neue Fälle von Blasphemie - Anklagen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/03.09.26 - Ein Christ in Pakistan wurde am Samstag (29. August) festgenommen und wegen Blasphemie angeklagt; ein weiterer sah sich am 11. August derselben Anklage gemäß Gesetzen gegenüber, die die Todesstrafe vorsehen.

Die Polizei nahm am Samstag den 26-jährigen Samuel Arif im Stadtteil Muslim Town in Lahore in der Provinz Punjab fest, nachdem ein Muslim ihn beschuldigt hatte, abfällige Bemerkungen über Mohammed und dessen Frau Aisha gemacht und außerdem angeblich seine minderjährige Töchter belästigt zu haben.

Muhammad Umair Alam Khan gab in einer Erstanzeige (First Information Report, FIR) an, der Vorfall habe sich am Freitagabend (28. August) in der „Staff Colony“ der Punjab-Universität ereignet.

„Der Beschuldigte erzählte meinen Töchtern, der Prophet Mohammed sei ihm im Traum erschienen und habe ihn gebeten, die beiden Mädchen zu heiraten“, behauptete Khan in der Erstanzeige. „Außerdem äußerte er provokative Worte gegen den Propheten und seine Frau Aisha.“

Khan behauptete, Arif habe eine unbekannte Substanz auf seine Hände aufgetragen und versucht, sie den Mädchen ins Gesicht zu reiben, doch diese seien geflohen. Er sagte, Arif sei ihnen bis zu ihrem Zuhause gefolgt, und der Vorfall sei von einer Überwachungskamera aufgezeichnet worden.

Die Polizei nahm den Fall gemäß Paragraf 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuchs auf, der abfällige Äußerungen gegen Mohammed unter Strafe stellt und mit der Todesstrafe geahndet wird, sowie gemäß Paragraf 298-A, der abfällige Äußerungen über die Ehefrauen, Familienangehörigen und Gefährten Mohammeds verbietet und nach geltendem Recht mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet wird.

Sohail Habil von der Hilfsorganisation HARDS Pakistan sagte, Arifs Familie habe die Vorwürfe zurückgewiesen und glaube, er sei möglicherweise aufgrund eines persönlichen Streits zu Unrecht beschuldigt worden.

Arifs Familie lebte mehr als zehn Jahre lang in der Mitarbeiterwohnsiedlung, als sein Vater, Arif Masih, an der Universität als Reinigungskraft arbeitete, berichtete Habil gegenüber „Christian Daily International – Morning Star News“. Nach dem Tod seines Vaters zog die Familie in die Saint-Mary's-Colony in Gulberg, doch Arif besuchte weiterhin die Mitarbeiterwohnsiedlung, um sich mit Freunden zu treffen.

„Es ist möglich, dass jemand Arif in eine Falle gelockt hat, um eine persönliche Rechnung zu begleichen, aber die Dinge werden klarer werden, wenn wir ihn im Gefängnis besuchen“, sagte Habil.

Zweiter Christ verhaftet

Am 11. August verhaftete die Polizei Amir Masih, einen 30-jährigen Arbeiter aus Dhala Sharif im Distrikt Gujranwala, weil er angeblich ein Video in den sozialen Medien gepostet hatte, in dem Christus und Mohammed miteinander verglichen wurden.

Masih wurde gemäß § 295-C sowie § 295-A angeklagt, der vorsätzliche und böswillige Handlungen unter Strafe stellt, die darauf abzielen, religiöse Gefühle zu verletzen, und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren geahndet wird, sowie gemäß § 298, der vorsätzliche Handlungen abdeckt, die darauf abzielen, religiöse Gefühle zu verletzen, und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr geahndet wird.

„Masih ist verheiratet, hat aber keine Kinder. Über den Verbleib seiner Familie liegen keine weiteren Informationen vor“, sagte sein Pastor, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben wollte.

Human Rights Focus Pakistan (HRFP) forderte am Samstag (29. August) die Behörden auf, dafür zu sorgen, dass Masih ein faires Verfahren erhält und dass er und seine Familie geschützt werden. Die Organisation erklärte, Masih sei am selben Tag festgenommen worden, an dem Minderheiten den Nationalen Tag der Minderheiten begingen.

Drei Muslime reichten laut HRFP eine Beschwerde ein, in der sie Masih vorwarfen, durch einen angeblichen Vergleich zwischen Islam und Christentum ihre religiösen Gefühle verletzt zu haben. Die Organisation erklärte, ihr Untersuchungsteam habe festgestellt, dass Masih, ein verarmter Schuldknecht, möglicherweise zu Unrecht beschuldigt worden sei, und stellte die Echtheit des Social-Media-Kontos in Frage, von dem aus das Video angeblich gepostet wurde.

„Die Einreichung einer Anzeige ist kein Beweis für Schuld“, erklärte HRFP und forderte die Behörden nachdrücklich auf, eine unabhängige Untersuchung durchzuführen.

Mehrere christliche Familien sind laut HRFP aus Angst vor Gewalt durch den Mob aufgrund der Anschuldigungen aus ihren Häusern geflohen. Lokale Quellen bestritten diese Behauptung und erklärten, dass zwar zunächst religiöse Spannungen in der Region zugenommen hätten, sich die Lage nach Masih's Festnahme jedoch wieder normalisiert habe.

„Der Fall von Amir Masih erfordert, wie alle Fälle, in denen Vorwürfe religiöser Beleidigung im Spiel sind, besondere Sorgfalt, Transparenz und Unparteilichkeit“, sagte HRFP-Präsident Naveed Walter in der Erklärung. „Solche Vorwürfe können schnell zu Spannungen führen und ganze Gemeinschaften in Gefahr bringen. Die Behörden müssen ein ordnungsgemäßes Verfahren, gleichen Rechtsschutz und die Sicherheit aller Betroffenen gewährleisten.“

Pakistans Blasphemiegesetze stehen seit langem in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen und Rechtsexperten, die argumentieren, dass die Gesetze anfällig für Missbrauch in persönlichen Streitigkeiten und anderen Konflikten sind und gegen religiöse Minderheiten eingesetzt wurden. Obwohl Pakistan noch keine staatliche Hinrichtung wegen Blasphemie vollstreckt hat, haben Anschuldigungen wiederholt zu Angriffen durch den Mob, außergerichtlichen Tötungen und langwieriger Inhaftierung von Verdächtigen geführt, die auf ihren Prozess warten.

Am 8. Juli teilten Regierungsvertreter einem parlamentarischen Ausschuss mit, dass ein Großteil der 333 Blasphemiefälle, die in den vergangenen fünf Jahren in vier Provinzen registriert wurden, erfunden waren.

Die Innenminister der Provinzen und hochrangige Polizeibeamte erklärten gegenüber dem Fachausschuss für Menschenrechte des Senats, dass zu den erfundenen Fällen auch Vorwürfe gegen Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten gehörten. Bei der Sitzung unter dem Vorsitz von Senatorin Samina Mumtaz Zehri in Islamabad wurden offizielle Daten zu Blasphemiefällen geprüft, die in den Provinzen Punjab, Sindh, Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan registriert worden waren.

Punjab verzeichnete mit 116 registrierten Fällen im Fünfjahreszeitraum die höchste Anzahl an Fällen gemäß § 295-C. Nach Angaben der Beamten waren 56 Prozent der Beschuldigten Muslime und 14 Prozent gehörten religiösen Minderheiten an. In Sindh wurden 96 Fälle gemäß § 295-B wegen angeblicher Entweihung des Korans sowie 29 Fälle gemäß § 295-C registriert.

Die Polizei teilte dem Ausschuss mit, dass von den 29 zwischen 2023 und Juni in Sindh registrierten Fällen nach § 295-C in 22 Fällen Anklageschriften eingereicht worden seien, zwei Fälle weiterhin untersucht würden, drei Fälle unbekannte Verdächtige betrafen und zwei Erstanzeigen (FIRs) aufgrund rechtlicher oder verfahrensrechtlicher Mängel aufgehoben worden seien.

Von den 96 Fällen nach § 295-B hatten die Staatsanwälte in 69 Fällen Anklageschriften eingereicht, während sechs weiterhin untersucht wurden, vier eingestellt worden waren und 17 gegen unbekannte Verdächtige registriert worden waren.

Khyber Pakhtunkhwa meldete in diesem Zeitraum mehr als 90 Blasphemiefälle, während Belutschistan laut den dem Ausschuss vorgelegten Daten 28 Fälle verzeichnete.

Beamte der Provinz räumten ein, dass persönliche Fehden, Familienstreitigkeiten und andere private Konflikte häufig hinter Blasphemievorwürfen steckten. In einigen Fällen, so die Beamten, konnten die Ermittlungen keine Beweise zur Stützung der Vorwürfe aufdecken, was zur Einstellung der Verfahren führte.

Open Doors stufte Pakistan in seiner „World Watch List 2026“ auf Platz acht der 50 Länder ein, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind. Die Organisation führte systemische Diskriminierung, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen, Schuldnechtschaft und geschlechtsspezifische Gewalt an und erklärte, dass eine schwache Strafverfolgung und weit verbreitete Straflosigkeit es den Tätern antichristlicher Gewalt ermöglicht hätten, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

<https://morningstarnews.org/2026/09/two-christians-arrested-under-blasphemy-laws-in-pakistan/>

Republik Moldau: Schulalltag nach Sommerferien

(Licht im Osten) Nun sind die Sommereinsätze und Freizeiten alle vorbei. Am 1. September beginnt in den Ländern des Ostens wieder der Schulalltag. **Bitte beten Sie,**

- dass diejenigen, die ein neues Leben mit Jesus begonnen haben, konkret erfahren, wie er auch jetzt im Alltag bei ihnen ist.
- dass sie durch sein Wort und im Gebet gestärkt werden.
- dass sie gut in eine Gemeinschaft von Christen hineinfinden, mit denen sie Seite an Seite ihren Glauben leben können.

Beten wir noch weiter für ein wichtiges Gebetsanliegen, das uns Vitalij Pokidko, Leiter von LIO Moldau, mitgeteilt hatte.

- „Bitte beten Sie für offene Türen für den Unterricht im Fach ‚Geistlich-ethische Erziehung‘ an den Grundschulen im neuen Schuljahr, da die Streichung dieses Fachs aus dem Lehrplan geplant ist.“

Russland: Junge Menschen sind am Evangelium interessiert

(Licht im Osten) Pastor S. schreibt: „Vor einigen Wochen fand eine Missionskonferenz statt. Es war schön zu sehen, wie viele junge Menschen den großen Wunsch haben, zu dienen. Sie sind bereit, für kurze oder lange Missionseinsätze an schwierige Orte zu gehen. Viele Konferenzteilnehmer waren bei uns zu Hause untergebracht, sodass wir ständig Gäste hatten.“

> Danken wir unserem Herrn, dass er durch seinen Geist in jungen Menschen das Verlangen weckt, das Evangelium anderen weiterzusagen, auch an Orten, wo das mit größeren Opfern verbunden ist. „Auf der Konferenz hatten wir die Möglichkeit, über die Arbeit von LICHT IM OSTEN zu berichten, Zeitschriften zu verteilen und neue Abonnenten zu gewinnen. Angesichts des Mangels an Literatur, insbesondere an Bibeln, Neuen Testamenten und Kinderbibeln, schätzen die Gläubigen gedruckte Publikationen sehr. Man bat uns um Literatur für christliche Ferienlager. Kürzlich wurden wir sogar um Bibeln für die Absolventen eines säkularen Kinderheims gebeten.“

Bitte beten Sie,

> dass der Herr Möglichkeiten auftut, um in Russland dem Hunger nach Gottes Wort, der Botschaft des Evangeliums in gedruckter Form, begegnen zu können. „Damals zum Ostergottesdienst reichte unser Gebäude bei Weitem nicht aus, um alle Besucher aufzunehmen. Aber wir sind sehr froh, dass Menschen zu Christus kommen. In letzter Zeit erleben wir sogar eine Erweckung, insbesondere unter den Studenten. In der heutigen schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage geben manche ehrlich zu, dass sie Angst haben. Sie leben von Sonntag zu Sonntag und sehnen sich nach dem Gottesdienst oder dem Hauskreis, wo sie zur Ruhe kommen. Später kommen dann die Eltern dieser jungen Menschen in die Kirche.“ **Bitte beten Sie**

> für die Studenten, dass sie angesichts der immer größer werdenden Verunsicherung umso mehr nach einem sicheren Halt in Christus fragen und ihr Leben auf ihn gründen.

> dass Pastor S. und sein Team Weisheit haben, diese Menschen in ihrem Suchen und Fragen recht zu begleiten.

> für diejenigen, die an den Freizeiten teilgenommen haben, aber ihr Leben Christus noch nicht anvertraut haben: dass ihr Herz unruhig ist und sie Sehnsucht nach Frieden mit Gott haben; dass Gottes Geist sie an die heilsame Botschaft erinnert, die sie gehört haben, dass sie in Kontakt bleiben mit lebendigen Christen und dass sie in der kommenden Zeit ihr Leben an Christus festmachen.

Simbabwe: 27 tote Christen bei Busunglück

Mitglieder der Afrikanischen Apostolischen Kirche waren auf dem Weg zu Konferenz

Chivhu (IDEA) – Mindestens 27 Christen kamen bei einem Verkehrsunfall am 28. August im südafrikanischen Simbabwe ums Leben, als ein mit Mitgliedern einer Glaubensgemeinschaft besetzter Kleinbus frontal mit einem Lastwagen zusammenstieß. Das berichtet die Deutsche Welle. Der Unfall ereignete sich auf einer Hauptstraße in der Nähe der Stadt Chivhu, etwa 140 Kilometer südlich der Hauptstadt Harare. In dem Bus saßen Mitglieder der Afrikanischen Apostolischen Kirche, die auf dem Weg zu einer Kirchenkonferenz waren. Sieben Insassen überlebten den Unfall schwer verletzt. Nach Angaben eines Polizeisprechers versuchte der LKW ein anderes Fahrzeug zu überholen, als er mit dem Kleinbus kollidierte. Medienberichten zufolge war der Kleinbus mit 34 Personen überladen. Erlaubt sind in solchen Fahrzeugen in Simbabwe bis zu 26 Personen. Simbawwes Präsident Emmerson Mnangagwa rief nach dem Unglück den Katastrophenzustand aus. Das ermöglicht es der Regierung, Mittel zu mobilisieren und Hilfsmaßnahmen für Überlebende und Angehörige zu koordinieren, darunter die Übernahme medizinischer Kosten und Bestattungskosten.

Alle 15 Minuten ein Verkehrsunfall

Der Deutschen Welle zufolge sind überfüllte Busse und Minibus-Taxis in Simbabwe häufig in Verkehrsunfälle verwickelt; die Behörden führen dies oft auf rücksichtsloses Fahren und schlechte Straßenverhältnisse zurück. Nach Angaben des nationalen Statistikamts ereignet sich in Simbabwe durchschnittlich alle 15 Minuten ein Verkehrsunfall. Dabei kommen täglich mindestens fünf Menschen ums Leben – eine der höchsten Unfallopferzahlen auf dem Kontinent. In Afrika sterben jährlich rund 300.000 Menschen bei Verkehrsunfällen.

Zum Gottesdienst in Weiß

Die Afrikanische Apostolische Kirche wurde 1959 gegründet – von dem später als Erzbischof amtierenden Paul Ernest Mamvura Mwazha, der im November 2025 im Alter von 107 Jahren verstorben ist. Die Kirchenmitglieder tragen während der Gottesdienste, die am Samstag gefeiert werden, weiße Kleidung. Offizielle Mitgliederzahlen gibt es nicht. Schätzungen zufolge sollen sich rund sieben Millionen Menschen zu der pfingstkirchlich geprägten Bewegung halten, die auch in Nachbarländern vertreten ist. Rund 81 Prozent der etwa 17 Millionen Einwohner Simbawwes sind Christen, 17 Prozent gehören traditionellen afrikanischen Religionen an, jeweils ein Prozent sind Muslime oder Agnostiker.

Südsudan: Zwei Ordensschwestern bei Raubüberfall verletzt

Juba (Agenzia Fides) – An diesem Sonntag (30. August) wurden zwei Karmelitinnen, Schwester Helen und Schwester Ansa, auf dem Weg von Torit nach Juba nach dem Morgengottesdienst überfallen. Ihr Fahrzeug wurde unterwegs angegriffen. Laut Radio „Emmanuel 89“ schlug einer der Angreifer Schwester Helen mit dem Lauf eines Gewehrs auf den Kopf und verletzte sie. Die beiden Ordensschwestern und die anderen Fahrgäste wurden ausgeraubt. Ersten, noch bruchstückhaften Informationen zufolge nahmen die Angreifer außerdem zwei Kinder in ihre Gewalt, bevor sie flohen. Der Bischof von Torit, Emmanuel Bernardino Lowi Napeta, veranlasste umgehend Hilfsmaßnahmen von Juba aus. Die beiden Ordensschwestern wurden in die Hauptstadt gebracht, wo Schwester Helen die notwendige medizinische Versorgung für ihre Verletzungen erhielt. Auf derselben Straße wurden am 16. August 2021 zwei Ordensschwestern der Kongregation der Schwestern vom Heiligsten Herzen Jesu getötet: die ehemalige Generaloberin, Schwester Mary Daniel Abut, und Schwester Regina Roba, die zweimal dem Generalrat angehört hatte. Die beiden Ordensschwestern wurden kaltblütig ermordet, als sie nach den Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum der Pfarrei Mariä Himmelfahrt nach Juba zurückkehrten. (L.M.) (Fides 1/9/2026)

[top^](#)

Turkmenistan: Pater Kubiak: "Gottes Wille kann überraschen. Wir sind hier, um da zu sein"

Aschgabat (Fides) – „Am Beginn dieser unglaublichen Reise empfinde ich vor allem Freude, aber auch ein starkes Verantwortungsgefühl. Jede neue Aufgabe, insbesondere eine wie die des Missionsoberen, bringt eine gewisse Anspannung und die Frage mit sich, ob man der einem anvertrauten Aufgabe gewachsen sein wird“, sagte Pater Paweł Janusz Kubiak (OMI), der kürzlich vom Heiligen Stuhl zum neuen Oberen der „Missio sui iuris“ in Turkmenistan ernannt wurde, gegenüber Fides. „Ich betrachte diese neue Mission vor allem durch die Brille des Vertrauens auf Gott“, fügt er hinzu, „Mein priesterlicher Weg hat mir oft gezeigt, dass Gott den Menschen anders führt, als er es selbst geplant hätte. Einst wollte ich Gefängnisseelsorger werden und in Polen arbeiten, doch Gott führte mich zuerst in die Ukraine, dann in den Nordkaukasus in Russland und auf die Krim und später nach Turkmenistan“. „Heute“, bekräftigt er, „kann ich sagen, dass Gottes Wille überraschen und Menschen an Orte führen kann, die sie zuvor nicht einmal in Betracht gezogen haben. Aus diesem Grund nehme ich diese neue Aufgabe voller Zuversicht an. Ich bin mir der Verantwortung bewusst, aber ich freue mich auch darüber, der Kirche und dem Volk Gottes weiterhin dienen zu können.“

Die Kirche in Turkmenistan ist eine sehr kleine Gemeinde mit etwa 300 Gläubigen. Sie ist jung und baut ihre Strukturen noch auf. „Wir sind nur wenige im ganzen Land, und deshalb ist uns jeder Einzelne, jede Familie, die sich unserer Gemeinde anschließt, sehr wichtig“, betont er. Unter diesen Umständen gewinnen Präsenz und gelebtes Zeugnis eine besondere Bedeutung: „Wir haben keine großen Gebäude und nicht viele Priester. Deshalb ist es umso wichtiger, für die Menschen da zu sein, ihnen zu begegnen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, ihnen zuzuhören und ihnen durch unser Leben zu zeigen, was Glaube ist und was er bedeutet“. Pater Kubiak freut sich, „Menschen zu sehen, die sich auf die Sakramente vorbereiten, an der Eucharistie teilnehmen und Christus immer besser kennenlernen und lieben wollen. Das ist Kirche – sie braucht Zeit, Geduld und vor allem eine beständige und treue Präsenz.“

Doch wie sieht das Leben eines Katholiken oder Priesters in einer so abgelegenen Gegend aus? „Unser Alltag ist sehr einfach, aber dennoch anspruchsvoll. Wir beten, feiern die Eucharistie, nehmen Beichte ab, unterrichten im Katechismus und bereiten die Gläubigen auf die Sakramente vor. Wir widmen auch viel Zeit Gesprächen und Begegnungen mit den Gläubigen“, sagt der Missionar. „In Turkmenistan“, bemerkt er, „kann sich die Seelsorge nicht auf das beschränken, was in der Kapelle geschieht. Es ist sehr wichtig, unter den Menschen präsent zu sein. Manchmal genügt es, sich einfach hinzusetzen, zu reden und den Problemen der Menschen zuzuhören. So verkünden wir auch das Evangelium.“

Ein zweiter, sehr wichtiger Aspekt ist die Hilfe für Bedürftige: „Dank der Arbeit von Caritas können wir Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter an Menschen in Notlagen verteilen. Wir haben auch einen Ort eingerichtet, wo Obdachlose baden und ihre Kleidung waschen können“, erklärt er. „Für mich ist dieser Zusammenhang sehr wichtig: Die Verkündigung der Frohbotschaft geht Hand in Hand mit konkreter Hilfe für Menschen. Christentum darf nicht nur aus Worten bestehen. Wenn wir jemandem helfen können, wollen wir es tun.“

Der Priester spürt „eine große Verantwortung für die gesamte Mission“, betont aber, „Ich möchte diesen Dienst nicht ausschließlich durch die Brille großer Pläne oder neuer Projekte betrachten. Für mich ist es wesentlich, das fortzuführen, was die Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria begonnen haben, die hier seit fast 30 Jahren die Entwicklung der jungen Kirche in Turkmenistan begleitet haben.“ Er setzt seine pastorale Arbeit und die Arbeit von Caritas fort. „Vor allem bin ich nicht allein: Ich werde mit meinen Mitbrüdern, Pater Diego und Pater Adrian, zusammenarbeiten. Dies ist eine Mission der ganzen Kirche und eine gemeinsame Verantwortung. Wir wollen einfach da sein, den Menschen dienen und das tun, wozu Gott uns beruft“, schließt er.

Die kleine katholische Gemeinde in dem zentralasiatischen Land kann auf einige konkrete Schritte der letzten Jahre zurückblicken. Die Verlegung des Missionshauptsitzes im Jahr 2025 ermöglichte den Bau einer größeren Kapelle und eines separaten Raums für die Aktivitäten der Caritas, wo Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter an Obdachlose verteilt werden. Heute gibt es in ganz Turkmenistan nur drei katholische Priester; die den Oblaten der Makellosen Jungfrau Maria anvertraute Mission bleibt in einem riesigen Land mit enormen Entfernungen eine winzige Realität. Das Missverhältnis zwischen der Größe der Gemeinde und der Größe des Territoriums macht die Aufgabe der Missionare besonders bedeutsam: eine tägliche Präsenz, bestehend aus Gebet, Zuhören, Zeugnisgeben und konkreter Unterstützung für die Menschen.

Die katholische Präsenz in Turkmenistan hat relativ junge Wurzeln. Nach der Unabhängigkeit des Landes von der Sowjetunion gründete Papst Johannes Paul II. 1997 die „Missio sui iuris“ in Turkmenistan und übertrug sie den Missionaren der Oblaten von der Makellosen Jungfrau Maria (OMI). In den ersten dreizehn Jahren war die Anwesenheit der Missionare nur innerhalb der diplomatischen Vertretungen des Heiligen Stuhls gestattet: Katholiken versammelten sich in Privathäusern, und die Messe wurde auf dem Gelände der Apostolischen Nuntiatur in Aschgabat gefeiert. 2010 erkannte die turkmenische Regierung die Präsenz der katholischen Kirche offiziell an und leitete damit eine neue Phase ihres öffentlichen Lebens ein. Heute, fast dreißig Jahre nach ihrer Gründung, ist die „Missio sui iuris“ eine zwar kleine, aber stabile Institution.

(PA) (Fides 28/8/2026)

Ukraine: GAiN verliert Lager in Kiew bei russischem Luftangriff

Infrastruktur nach Drohnenangriff vollständig zerstört

Kiew (IDEA) – Das christliche Hilfswerk Global Aid Network (GAiN) hat bei einem russischen Luftangriff in der Nacht des 28. auf den 29. August sein Lager in Kiew verloren. Das teilte der deutsche Zweig der Organisation mit Sitz in Gießen der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA auf Nachfrage mit. Mitarbeiter und Partner vor Ort seien dabei nicht zu Schaden gekommen. Die in vier Jahren aufgebaute Infrastruktur sei jedoch vollständig zerstört. Ziel der Angriffe sei ein Munitionsdepot gewesen. 37 Menschen seien in Folge der Angriffe getötet worden, davon 27 in einem lokalen Altenheim. Seit Kriegsbeginn sei das Lager „ein wichtiger Knotenpunkt unserer humanitären Hilfe in der Ukraine“ gewesen, erklärte GAiN zu dem Vorfall auf Instagram. „Jetzt ist alles zerstört: Hilfsgüter, Lagercontainer und Geräte.“ Es sei ein schwerer Schlag für seine dortigen Partner und die humanitäre Hilfe im Land. Der Projektleiter für die Arbeit des deutschen Zweigs in der Ukraine, Nils Pettkus, sagte IDEA: „Wir sind besonders betroffen, da erneut Menschenleben zu beklagen sind. Das steht an erster Stelle.“ Der Verlust der Lagerhalle wie der gelieferten Hilfsgüter sei „vergleichsweise unbedeutend“. Gleichzeitig sei der Partner vor Ort durch die verlorenen Ressourcen handlungsunfähig. Initiativen, um verlorenes Equipment wiederzubeschaffen, seien „bereits im Gange“.

Zentrales Verteilzentrum für Hilfsgüter

Betrieben hatte das Lager das lokale Missionswerk „Ukraine for Christ“, ein Partner von GAiN. Auf Facebook schreibt es dazu, das Gebäude sei seit Juni 2022 eines seiner wichtigsten Verteilzentren im Land gewesen. Mehr als 600 Tonnen Hilfsgüter seien dort in diesem Zeitraum von Partnerorganisationen aus Deutschland, den Niederlanden und Österreich eingetroffen. Über 1.000 Freiwillige aus verschiedenen Kirchen und Hilfswerken arbeiteten im Laufe der Jahre in dem Lager. Rund 175.000 Lebensmittelpakete seien gepackt worden, darunter Weihnachtspakete und Sendungen für Soldaten. Mehr als 300 Kirchen unterschiedlicher Konfessionen sowie gemeinnützige Organisationen hätten bei der Verteilung in der gesamten Ukraine geholfen. Aus Schiffscontainern habe die Mission zudem Unterkünfte für kriegsvertriebene Familien errichtet. „Ukraine for Christ“ arbeitete bei seinen Einsätzen nach eigenen Angaben unter anderem mit dem ukrainischen Ministerium für Veteranenangelegenheiten, dem Militärseelsorgedienst der Bodentruppen sowie der orthodoxen Kirche im Land zusammen.

Ukraine: Zum Militärdienst einberufener Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen getötet oder nicht angemessen medizinisch behandelt

AKREF-A/30.08.26 - Am 1. Januar, einen Monat nachdem maskierte Mitarbeiter einer Rekrutierungsstelle ihn festgenommen hatten, starb der 40-jährige pfingstkirchliche Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen Yevhen Nabraklo in einem Krankenhaus in Riwna. Als Todesursache wurde „akute eitrige Meningitis“ angegeben. „Als wir die Leiche in der Leichenhalle sahen, war sie in einem schrecklichen Zustand. Wir wissen nicht, wie er gestorben ist – sie können in die Sterbeurkunde schreiben, was sie wollen“, erklärte ein Angehöriger gegenüber Forum 18.

Am 1. Dezember 2025 nahmen maskierte Mitarbeiter der Rekrutierungsstelle des Bezirks Tschetscheliw in Dnipro den 40-jährigen pfingstkirchlichen Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen Yevhen Nabraklo fest. Sie überstellten ihn zum Sturmregiment Skelja in der Region Dnipropetrowsk, das für die hohe Zahl nicht kampfbedingter Todesfälle berüchtigt ist. Später brachten sie ihn zu einer militärischen Ausbildungseinheit in der Region Riwna. Am 1. Januar 2026 starb er in einem Krankenhaus in Riwna. Laut Sterbeurkunde war die Todesursache „akute eitrige Meningitis“. Nabraklos Leichnam wies Anzeichen auf, dass er zum Zeitpunkt seines Todes ausgemergelt war. Nach den Fotos der Vorderseite der Leiche, die Forum 18 vorliegen, schien er keine sichtbaren Verletzungen aufzuweisen. „Ich weiß nicht, ob er getötet wurde oder ob man sich nicht angemessen um ihn gekümmert hat“, sagte ein Familienmitglied gegenüber Forum 18. „Ich hoffe, dass die Ermittlungen die Antwort darauf finden werden“

Nabraklos Pastor, Vitalii Bezkrovnyi von der pfingstkirchlichen Gnadengemeinde in Dnipro, ist weiterhin von seinem Tod betroffen. „Er bekam keine medizinische Versorgung. Im 21. Jahrhundert sollte es das nicht geben. Es sollte ein System geben um derartiges zu verhindern“, erklärte er gegenüber Forum 18. Yevhenii Sereda, ein Ermittlungsbeamter der Stadtpolizei von Riwna, untersucht die Umstände von Nabraklos Tod. „Wir führen eine Voruntersuchung durch, ermitteln die Todesursache und überprüfen alle Faktoren, die zum Tod von Yevhen Nabraklo geführt haben“, erklärte er gegenüber Forum 18. Pastor Bezkrovnyi beklagt die Zwangsrekrutierung von Nabraklo. „Hier geht es um die Religions- oder Glaubensfreiheit“, sagte er gegenüber Forum 18. „Yevhen war kein Militärangehöriger und wollte aufgrund seiner religiösen Überzeugungen nicht kämpfen. Wir hatten ihm ein Dokument ausgestellt, in dem bestätigt wurde, dass er Mitglied der Kirche war und sich außerdem um seine blinde Mutter kümmerte.“

Auch ein Familienmitglied von Nabraklo betont, dass er aus Gewissensgründen keine Waffen tragen wollte. „Er war seit mehr als zehn Jahren gläubig“, erklärte der Angehörige gegenüber Forum 18. „Er war dagegen, Waffen zu tragen.“ Staatsanwälte haben mehr als tausend Strafverfahren eingeleitet, um Wehrdienstverweigerer zu bestrafen, deren Anträge auf einen zivilen Ersatzdienst abgelehnt worden waren. Mehr als 30 Wehrdienstverweigerer wurden bisher zu Haftstrafen verurteilt, andere zu mildernden Strafen. Weitere Strafverfahren stehen bevor. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen (UN) zur Ukraine berichtete im März über Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, die gewaltsam zu Militäreinheiten gebracht worden waren. „Man berichtete, dass sie in den Militärlagern Bestrafungen und psychischem Druck ausgesetzt gewesen seien, darunter Scheinhinrichtungen, lang andauernder Arrest in einer Grube im Boden, auch im Winter, Androhung sexueller Gewalt sowie die Verweigerung von Nahrung.“

Nabraklos Tod ereignete sich elf Wochen vor dem Tod des 50-jährigen Baptisten und Wehrdienstverweigerers aus Gewissensgründen Dmytro Koval beim Skelya-Sturmregiment. In seiner Sterbeurkunde wurde als Todesursache „Herz-Lungeninsuffizienz, unbestimmt“ angegeben. Darin hieß es, dass er „in einem Auto“ gestorben wäre. Als sein Leichnam der Familie übergeben wurde, wies er Anzeichen brutaler Behandlung auf (AKREF berichtete).

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 28. August 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

USA: gezielte Bevorzugung von Menschen muslimischen Glaubens für öffentliche Ämter

Debatte um Gesetzentwurf S.2134 in Massachusetts rückt Fragen zu Religionsfreiheit, Teilhabe und staatlicher Repräsentation in den Fokus

IIRF-D/Tübingen/Boston, 3. September 2026 – Ein aktueller Beitrag der Autorin Ayaan Hirsi Ali auf ihrem Substack „Restoring the West“ thematisiert den in Massachusetts eingebrachten Gesetzentwurf S.2134. Der Entwurf sieht die Einrichtung einer ständigen Kommission vor, die sich mit Fragen der Bürgerrechte und gesellschaftlichen Teilhabe muslimischer Bürgerinnen und Bürger im Commonwealth Massachusetts befassen soll.

Der Gesetzentwurf trägt nach öffentlich verfügbaren Angaben den Titel „An Act promoting the civil rights and inclusion of American Muslims in the commonwealth“. Er wurde von Senator James B. Eldridge eingebracht und zur weiteren Beratung an zuständige Ausschüsse verwiesen. Eine endgültige Verabschiedung ist nach den bislang bekannten Informationen nicht erfolgt.

Inhalt des Gesetzentwurfs

Der Entwurf sieht eine elfköpfige ständige Kommission zum Status von Menschen vor, die den Islam praktizieren. Die Mitglieder sollen zu verschiedenen staatlichen Stellen ernannt werden. Die Kommission soll unter anderem als Ressource für staatliche Institutionen dienen, Forschung und öffentliche Anhörungen durchführen, Informationen bündeln und Empfehlungen zu politischen Maßnahmen sowie zur Repräsentation in staatlichen Gremien aussprechen.

Öffentliche Reaktionen

Der Vorschlag wird kontrovers diskutiert. Befürworter sehen in der geplanten Kommission ein Instrument zur Förderung von Bürgerrechten, gesellschaftlicher Inklusion und besserem Verständnis für Belange muslimischer Gemeinschaften. Kritiker äußern dagegen Bedenken mit Blick auf staatliche Neutralität, Gleichbehandlung und die Frage, ob Empfehlungen für öffentliche Ämter auf Grundlage religiöser Zugehörigkeit verfassungsrechtliche Fragen aufwerfen könnten. Eine gezielte Bevorzugung von Menschen muslimischen Glaubens für öffentliche Ämter sei mehr als problematisch.

Einordnung des Beitrags von Ayaan Hirsi Ali

In ihrem Beitrag ordnet die vom Islam zum christlichen Glauben konvertierte Ayaan Hirsi Ali den Gesetzentwurf in eine breitere Debatte über politische Ideologien, institutionelle Einflussnahme und den Schutz liberal-demokratischer Ordnungen ein. Hirsi Ali ist eine niederländisch-US-amerikanische Politikerin, Politikwissenschaftlerin, Frauenrechtlerin und Islamkritikerin somalischer Herkunft, die nach Misshandlungen und geplanter Zwangsheirat durch ihre Familie ein den Westen floh, wo sie zunächst Atheistin und linke Aktivistin wurde. Sie wurde auch in Deutschland durch ihren Film „Unterwerfung“ bekannt. 2004 drehte Ali zusammen mit Theo van Gogh den elfminütigen Low-Budget-Film Submission (Part I) (dt. Unterwerfung). Er thematisiert die Unterdrückung und Misshandlung von Frauen in islamischen Gesellschaften unter Berufung auf den Koran. Im November 2023 gab Hirsi Ali bekannt, dass sie zum Christentum konvertiert sei. Seitdem setzt sie sich für den christlichen Glauben und für eine Rückkehr zu den christlichen Grundlagen der westlichen Gesellschaft ein – auch durch ihren Substack „Restoring the West“ („Die Wiederherstellung des Westens“)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]